

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

KONSERVATISMUS UND RECHTE IDEEN IN RUSSLAND

■ ANALYSE		
Potjomkinscher Konservatismus. Ein ideologisches Instrument des Kreml		2
Witold Rodkiewicz, Jadwiga Rogoża, Warschau		
■ ANALYSE		
Russland und die europäische extreme Rechte – eine seltsame Verbindung?		5
Marlene Laruelle, Washington, D.C.		
■ UMFRAGE		
Konservatismus und nationalistische Ideen in russischen Umfragen		9
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
BORN: Der russische NSU		16
Sergey Medvedev, Berlin		
<hr/>		
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Liegt Russlands Glück nun in China?		18
Jens Siegert, Moskau		
<hr/>		
■ CHRONIK		
4. – 18. Juni 2015		21

Potjomkinscher Konservatismus. Ein ideologisches Instrument des Kreml

Witold Rodkiewicz, Jadwiga Rogoża, Warschau

Zusammenfassung

Zu Beginn seiner dritten Amtszeit als Präsident hat Wladimir Putin offen erklärt, dass er sich künftig bei seiner Politik von »konservativen Werten« werde leiten lassen. Tatsächlich aber hat der Kreml seine konservative Ideologie rein instrumentell eingesetzt. Der Rückgriff auf den Konservatismus soll allein der Legitimierung des Regimes dienen, indem behauptet wird, er spiegle die russische Tradition wider. Während die eigentliche Intention des Kreml darin zu sehen ist, die starke, zentralisierte staatliche Autorität aufrecht zu erhalten, wird die konservative soziale und moralische Rhetorik in Wirklichkeit als eine weitere »Polittechnologie« eingesetzt, also als Instrument zur Manipulierung der öffentlichen Meinung, sowohl in Russland als auch jenseits seiner Grenzen. Eine Berufung auf diese Ideologie bedeutet weder, dass die derzeitigen Herrscher in Russland tatsächlich konservativen Werten anhängen, noch, dass sie über ein langfristiges Programm für deren Implementierung verfügen. Tatsächlich haben wir es mit einer neuen Art »Potjomkinsches Dorf« zu tun, das dazu dienen soll, die Aufmerksamkeit von Russlands realen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Problemen abzulenken und die Regierung mit Argumenten für eine repressive Innenpolitik und eine antiwestliche Außenpolitik zu versorgen.

Wurzeln und Entstehungsgeschichte des »konservativen Projekts«

Konservative Themen sind im ideologischen Arsenal des Kreml nichts völlig Neues. Sie tauchten dort erstmals mit Putins Machtantritt 2000 und erneut nach 2003 auf. Dabei haben sie die ideologische Botschaft des Kreml nicht dominiert, sondern existierten parallel zu anderen ideologischen Strömungen. Erst während Putins letzten Präsidentschaftswahlkampfes 2011/12 wurden konservative Themen ins Zentrum seiner Rhetorik gerückt, um später das offizielle Narrativ zu dominieren und zur wichtigsten ideologischen Basis des Regimes zu werden.

Der Rückgriff des Kreml auf konservative Ideologie war eine Reaktion auf das Entstehen einer städtischen Mittelschicht, die Forderungen nach systematischen Reformen des Regimes artikuliert hatte, nämlich nach wirtschaftlicher Liberalisierung, politischem Pluralismus, Verringerung der staatlichen Einmischung in das soziale Leben, und für mehr Spielraum für zivilgesellschaftliche Initiativen. Das Engagement dieser Bevölkerungsgruppe resultierte in einer Fülle von Graswurzelinitiativen, die Mechanismen schaffen wollten, durch die die Regierung gegenüber der Gesellschaft rechen-schaftspflichtig wäre. Die Unzufriedenheit mit Putins angekündigter Rückkehr in den Kreml mündete dann in die massenhaften Straßenproteste von 2011/2012.

Ein weiterer Grund, warum Putin die konservative Flagge hisste, war sein Glaube, dass das ideologische Vakuum nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die Ursache für die Empfänglichkeit eines Teils der Bevölkerung für liberale Ideen ist. Daher hielt es die Regierung für notwendig, der Gesellschaft eine attraktive ideologische Alternative anzubieten, die diesen Leer-

raum füllen und somit die Ausbreitung liberaler Einstellungen und Überzeugungen verhindern soll. Dieses Angebot richtete sich vor allem an Putins traditionelle soziale Basis, die einkommensschwächeren Bewohner in den Regionen, die im öffentlichen Bereich, in der Industrie oder in der Landwirtschaft beschäftigt sind.

Merkmale des Kremlschen »Konservatismus«

Bei der Entscheidung für einen Einsatz des Konservatismus zur Stützung des Regimes berief sich Putin auf dessen radikale Variante, die in früherer Zeit an den Rändern des politischen und intellektuellen Lebens in Russland zu finden war. Sie war extrem antiwestlich und antiliberal ausgerichtet und trat für eine Wiederbelebung des Reiches ein. Das Ergebnis war, dass der nationalkonservative Diskurs von der Peripherie ins Zentrum der öffentlichen Debatte in Russland rückte.

Eines der charakteristischen Merkmale des Kremlschen Konservatismus ist seine vorwiegend negative Agenda. Es werden dort deutlich jene Phänomene und Werte definiert, die es zu bekämpfen gilt, während sein positives Programm vage und unfertig bleibt. Das hervorstechendste Merkmal ist die Ablehnung der politischen, sozialen und kulturellen Modelle des modernen Westens. Es wird gepredigt, dass Russland und der Westen fundamental unterschiedliche Zivilisationen darstellen. Diese Unterschiede seien eine Folge davon, dass der Westen die Werte der christlichen Zivilisation aufgegeben habe, traditionelle Identitäten ablehne und moralischen Relativismus zulasse. Eine solche Charakterisierung des Westens erlaubt es, Russland als Verteidiger und wichtigste Stütze der europäischen Zivilisation hinzustellen.

Auf der positiven Seite tritt der Konservatismus des Kreml für die Aufrechterhaltung politischer und sozialer Stabilität ein, für die Wiederbelebung der nationalen Identität, die Pflege des Patriotismus, wie auch für eine Rückkehr zum traditionellen Familienmodell, zu staatlichem Paternalismus und sozialem Korporatismus. Insbesondere wird die Notwendigkeit betont, einen starken, hierarchisch strukturierten und zentralisierten Staat zu unterhalten, dessen Inbegriff ein charismatischer Führer sein soll, dessen Autorität von besonderer, gleichsam sakraler Art ist, ungeachtet der formalen Beibehaltung demokratischer (elektoraler) Legitimierungsmechanismen.

Die Ideologie stellt die Gesellschaft als in der russischen Tradition verwurzelt und auf natürliche Weise konservativen Werten verbunden dar. Sie fordert die Pflege des traditionellen Modells einer großen, kinderreichen Familie, eine Wiedereinsetzung der Orthodoxen Kirche (wie auch anderer traditioneller Religionen) als Quelle moralischer Grundsätze. Der »Konservatismus« des Kreml stellt einen Gegensatz her zwischen gewöhnlichen Russen und den Eliten. Der Kreml appelliert somit an reale soziale Stimmungen, die aus einer Mischung von elitenfeindlichen, antiamerikanischen und fremdenfeindlichen Haltungen gespeist werden. Gleichzeitig sieht Putins Vision des Staatsmodells vor, dass die Rolle der Gesellschaft sich auf passive Beteiligung an Prozessen beschränkt, die von der Regierung initiiert werden.

Das »konservative Projekt« in der Innenpolitik

Die Reaktion des Kreml auf die politischen und sozialen Herausforderungen beschränkt sich nicht auf den ideologischen Bereich, sondern umfasst auch eine Reihe legislativer und administrativer Maßnahmen. Der Kreml hat umfangreiche Gegenreformen unternommen, die zu einer weiteren Zentralisierung der Macht, zur Beschneidung von politischer Aktivität und Bürgerrechten, einer intensiveren Gängelung der Opposition und mehr Macht für den Repressionsapparat geführt haben. Unter dem Banner des »konservativen Projekts« wurden die Repressionen über den politischen Bereich hinaus ausgedehnt und auch gegen Personen eingesetzt, die keine unmittelbaren Opponenten des Regimes sind. Es wurde nun Verhalten bestraft, das jenseits des traditionellen – vom Kreml definierten – Kanons der Lebensweisen und Weltansichten liegt. Die Opposition im weiteren Sinne ist auch Gegenstand einer Propaganda geworden, die Kritik an der Regierung mit Opposition zu Russland als Ganzem gleichsetzt, oder gar mit Landesverrat. Der Kreml hat versucht die Opposition mit der Behauptung zu diskreditieren, die von ihr vertretene liberale demokratische Ideologie würde naturgemäß und unausweichlich zu

einer Ausbreitung nichttraditioneller Lebensweisen und moralischem Verfall führen. Eine der wirksamsten Taktiken der Regierung ist schließlich die Brandmarkung jeder Kritik an der Annexion der Krim als antirussisch und unpatriotisch (Putin hatte Kritiker der Annexion als »Nationalverräter« beschrieben), was jegliche prowestliche Agenda ins Abseits, jenseits der engen Grenzen des offiziellen politischen Wettbewerbs befördert.

Ein wichtiges Element des »konservativen Projekts« ist die Einführung disziplinierender Maßnahmen gegen die Elite unter dem Motto »Nationalisierung der Eliten«. Der Kreml hat eine Reihe von Gesetzen auf den Weg gebracht, durch die Vermögen und geschäftliche Tätigkeit russischer Amtsträger sowie Angestellter von Staatskorporationen im Ausland strenger überwacht werden können. Das hat die Abhängigkeit der Eliten vom Kreml weiter erhöht. Die offizielle Propaganda entwarf dabei das Bild, dass Kontakte und Geschäftsbeziehungen der Eliten zum Westen ein Instrument seien, diese ausländischen politischen Zentren zu unterstellen.

Eines der Ziele des neuen »Projekts« ist es zu demonstrieren, dass Putins Politik die Unterstützung der Mehrheit der allgemeinen Öffentlichkeit genießt, und dass die Menschen die Idee liberaler Reformen ablehnen. Zu diesem Zweck werden die »korrupten« Eliten und die demoralisierte Mittelschicht dem einfachen Volk gegenübergestellt, wobei letzteres angeblich den traditionellen Werten treu und somit gegen putinfeindliche Losungen immun sei.

»Konservatismus« als Instrument der Außenpolitik

Putins »Konservatismus« wird nicht nur vor dem russischen Publikum eingesetzt, sondern auch als Instrument der Außenpolitik. Aus der Sicht des Kreml ist Ideologie zu einem wichtigen Element der internationalen Auseinandersetzung geworden, die die Ebene der Zivilisationen erreicht hat und eine Wahl zwischen unterschiedlichen sozialen und politischen Modellen beinhaltet. Der Kreml sieht also die Notwendigkeit, mit einer ideologischen Formel aufzuwarten, die Russlands Ansprüche auf eine Rolle als einflussreiche Großmacht legitimiert. Eine konservative Ideologie, attraktiv für jene politischen Kräfte, die den westlichen postmodernen Liberalismus ablehnen und den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union feindlich gegenüberstehen, war somit eindeutig das Richtige. Mit der Berufung auf diese Ideologie haben die russische Diplomatie und die russische Propaganda konsequent für ein Narrativ geworben, in dem Russland als wichtigster Verfechter einer stabilen internationalen Ordnung, traditioneller staatlicher Souveränität sowie eines zivilisatorischen und politischen Pluralismus dargestellt wird.

Ein weiterer Teil des »konservativen Projekts« des Kreml ist das Konzept der so genannten Russischen Welt

(»Russkij mir«). Dieses Konzept geht von der Existenz einer separaten, multiethnischen und multireligiösen Zivilisation aus, die von einer Gemeinschaft von Menschen getragen wird, die sich nicht nur mit der russischen Sprache und Kultur identifizieren, sondern auch mit den Traditionen des Russischen Reiches und der Sowjetunion. Das primäre Ziel der Kultivierung dieses Konzepts scheint darin zu liegen, die nationalen Identitäten der Bürger der postsowjetischen Staaten zu schwächen und deren Bindungen und Loyalität zum russischen Staat zu fördern. Der Kreml hat sich auch in seiner Propaganda zur Legitimierung der Krim-Annexion im März 2014 und des »hybriden Kriegs« gegen die Ukraine auf diese Idee berufen, indem er auf die religiösen, historischen und ethnischen Verbindungen verwies, die diese Gebiete mit Russland haben.

Das »konservative Projekt« – wirksames Instrument oder Selbsttäuschung?

Der Einsatz der neuen »konservativen« Ideologie und die Umsetzung des konservativen politischen Projektes scheint für den Kreml kurzfristig die gewünschten Ergebnisse erzielt zu haben. Demgegenüber könnten die langfristigen Folgen allerdings ungünstig für die Regierung ausfallen.

Bislang hat die Umsetzung des »konservativen Projektes« die Erosion der Legitimität des Regimes unterbunden. Es hat einen Großteil der Elite um Präsident Putin konsolidiert, indem die aufkeimende Unzufriedenheit über die Richtung, in der sich das Regime entwickelt, unterdrückt wurde. Das Projekt hat die Mechanismen des Kreml zur Aufsicht über Eliten erweitert und jede Aktion, die die Opposition gegen den Kreml unternimmt, delegitimiert. Es hat auch dabei geholfen, in der Gesellschaft die Unterstützung für Putin zu steigern sowie die repressiven Maßnahmen gegen Mitglieder der Elite und der Mittelschicht zu rechtfertigen.

Die aggressive antiwestliche Außenpolitik ist ebenfalls ein effektives Mittel zur Mobilisierung von Unterstützung in der Gesellschaft. Die Annexion der Krim hat sich als besonders wirksam herausgestellt, indem sie Präsident Putins Umfragewerte ansteigen ließ und sowohl die russische Öffentlichkeit, als auch die Eliten um den Kreml konsolidierte.

Die Berufung auf eine konservative Ideologie hat zudem dafür gesorgt, dass die Unterstützung für Russland unter der radikalen, populistischen und euroskeptischen Rechten breiter wurde. Sie bekräftigte auch die Versuche des Kreml, mit konservativen christlichen Kreisen ein taktisches Bündnis einzugehen. Der vom Kreml verkündete »Konservatismus« erschien auch als ein wirksames Instrument gegen die »soft power« der Europäischen Union in postsowjetischen Staaten.

Andererseits hat das Aufsetzen einer konservativen Maske durch den Kreml beim Mainstream der öffentlichen Meinung im Westen zu einem erheblichen Verlust an Sympathie für Russland und insbesondere dessen gegenwärtige Regierung beigetragen.

Auf lange Sicht wird jedoch diese konservative Ideologie in den Augen jener Teile der russischen Elite, die eine schrittweise Liberalisierung des Systems erwartet hatten, das Problem der fragilen Legitimität der Autorität des Kreml nicht lösen. Der scharfe antiwestliche Politikwechsel und die Annexion der Krim sind sicherlich nicht in deren Interesse. Ihre Sorgen sind durch Versuche des Kreml, große Vermögen wieder neu zu verteilen, weiter erhöht worden. Somit birgt die Stärkung durch das »konservative Projekt« langfristig auch das Risiko einer Destabilisierung des Regimes in sich: Viele Gruppen in der Elite und den reicheren Bevölkerungsschichten könnten verärgert werden, weil ihre wirtschaftliche Situation und ihr Sicherheitsgefühl untergraben werden.

Darüber hinaus kann der Kreml wohl kaum mit einer massenhaften Unterstützung für sein ideologisches Projekt rechnen. Die tief verwurzelte Passivität in der Gesellschaft Russlands bedeutet, dass selbst solche Initiativen, die von der Gesellschaft unterstützt werden, diese nur selten dazu motivieren, zivilgesellschaftlich im Einklang mit den Instruktionen des Kreml aktiv zu werden. Viele der konservativen Forderungen, die vom Kreml vorgebracht werden, weichen von den tatsächlichen Bedürfnissen und Zielen größerer Bevölkerungsgruppen ab.

Der Effekt der konservativen Ideologie des Kreml könnte auch dadurch abgeschwächt werden, dass der herrschende Clan selbst diese Ideologie in rein instrumentellen Kategorien wahrnimmt. Viele der »konservativen« Erklärungen sind in Wirklichkeit zu Propagandazwecken geheuchelt; das Vorgehen des Kreml ändert nichts an der oligarchischen Natur von Putins System; sie lässt sich auch nicht als wachsender Einfluss »des Volkes« auf die Regierungsmechanismen des Staates deuten. Der extreme Materialismus und die pompöse Konsumneigung der herrschenden Eliten stehen in starkem Kontrast zu den verkündeten Werten, was der öffentlichen Wahrnehmung nicht entgangen ist. Wegen ihrer instrumentellen Natur dürfte die Ideologie des Kreml nicht in der Lage sein, eine langfristige echte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft entstehen lassen, die die Regierung vor einer wegen verschlechterter Wirtschaftsbedingungen schwindenden Unterstützung bewahren würde.

*Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder
Informationen über die Autoren und Lesetipps finden Sie
auf der nächsten Seite.*

Eine ausführliche Fassung dieses Beitrags wurde im Februar 2015 veröffentlicht: Rodkiewicz, Witold, Jadwiga Rogoża: Potemkin conservatism. An ideological tool of the Kremlin [= OSW Point of View, Nr. 48], Warschau, Februar 2015; <http://www.osw.waw.pl/sites/default/files/pw_48_potemkin_conservatism_net.pdf>

Über die Autoren

Witold Rodkiewicz ist Senior Fellow am Zentrum für Oststudien (OSW) in Warschau und als Professor am Zentrum für Osteuropastudien an der Universität Warschau tätig. Seine Forschungsgebiete sind die Außenpolitik Russlands und politisches Denken in Russland.

Jadwiga Rogoża ist leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Russland-Abteilung des Zentrums für Oststudien (OSW) in Warschau.

Lesetipps

- Menkiszak, Marek: The Putin Doctrine: Creating the conceptual foundations for Russian dominance in the post-Soviet area [= OSW Commentary, Nr. 131], Warschau, 28. März 2014; <http://www.osw.waw.pl/sites/default/files/commentary_131.pdf>
- Rogoża, Jadwiga: Adjustment in Putin's state. Under the banner of conservatism [= OSW Analyses], Warschau, 18. Dezember 2013; <<http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2013-12-18/adjustment-putins-state-under-banner-conservatism>>

ANALYSE

Russland und die europäische extreme Rechte – eine seltsame Verbindung?

Marlene Laruelle, Washington, D.C.

Zusammenfassung

Aus Anlass von Wladimir Putins Reise nach Budapest im Februar 2015 und seinem Besuch beim neugewählten griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras im April ist viel Tinte verbraucht und sind bei den europäischen Führungspersonlichkeiten und Institutionen einige Befürchtungen ausgelöst worden. Diese Reisen sind nur die Spitze des Eisberges – von Russlands zunehmendem Einfluss in Europa und seiner Suche nach neuen Verbündeten innerhalb der EU. Im Gegensatz zur These vieler öffentlichkeitswirksamer Experten, dass Russland außerhalb Europas stehe, ist Russland über eine Vielzahl von Kanälen in Europa präsent. Einer dieser Kanäle besteht in – altem und neuem – Einfluss in bestimmten Ländern und Parteien.

Russlands Interessen und Verbündete in Europa

Der Balkan ist seit dem 19. Jahrhundert ein russisches Interessengebiet. Russland hielt zunächst für die von der orthodoxen Kirche geprägten Völker im Kampf um nationale Befreiung von der Herrschaft des Osmanischen Reiches die Fahne hoch. In jüngerer Zeit hat Russlands Haltung zur Jugoslawien-Krise und seine Unterstützung für Serbien slawophile und panorthodoxe Sentiments in der Region angeregt. Heute kann Russland mit der Unterstützung von Serbien und Montenegro, aber auch von Bulgarien, Griechenland und Zypern rechnen. In Mitteleuropa sind die Vysehrad-Staaten in ihrer Haltung gegenüber Russland geteilt. Während Polen stolz im Lager jener steht, die sich in

scharfer Opposition zu Russland befinden, und mit den Staaten des Baltikums verbunden ist, weist die Haltung der anderen drei (Tschechische Republik, Slowakei und Ungarn) mehr Nuancen auf. Die Pro-NATO-Haltung der 1990er und 2000er Jahre hat in diesen Ländern deutlich abgenommen. Ihre wirtschaftlichen Verbindungen zu Russland bringen sie nun dazu, ihre Positionen abzumildern. Ungarn ragt dabei mit einer energischen prorussischen Politik heraus. Das ist atypisch für ein Land, in dem die Erinnerung an seine sozialistischen Jahrzehnte im Moskauer Bollwerk (vor allem an die sowjetische Invasion von 1956) lebendig ist, und das sich lange als Teil des Westens betrachtet hat. Mit der globalen Finanzkrise 2008 änderte sich jedoch die Atmosphäre. Russland profitiert in Ungarn von einer

doppelten Unterstützung: durch die rechtsextreme Jobbik-Partei und durch den Ministerpräsidenten Viktor Orbán und dessen Fidesz-Partei.

In Westeuropa sind Frankreich und Italien zwei der wichtigen Vorposten für den Einfluss Russlands, wohl aus einer Kombination von Gründen: Traditionelle Russophilie ist verbunden mit der dominanten Rolle der Kommunistischen Parteien im intellektuellen Leben Frankreichs und Italiens sowie einem Fehlen historischer Konflikte mit und direkter wirtschaftlicher Abhängigkeit von Russland. Die Situation der prorussischen Gruppierungen in den beiden Ländern unterscheidet sich jedoch beträchtlich. In Italien hat Wladimir Putin enge persönliche und familiäre Verbindungen zu Silvio Berlusconi und dessen Geschäftspartnern aufgebaut. Die Lega Nord, die eine Agenda konservativer moralischer Werte vertritt, hat stets prorussische Positionen vertreten und provokant einen EU-Beitritt Russlands gefordert. In Frankreich verfügt Moskau nicht über eine derartige Reihe von Verbündeten. Auch wenn einige Vertreter jener französischen Wirtschaftskreise, die Nicolas Sarkozys Republikanern (der früheren UMP) nahestehen, wichtige Akteure auf dem russischen Markt sind (Rüstungsunternehmen, Investmentfonds und Telekommunikation), steht Russland dort kein Äquivalent zu Berlusconi zur Verfügung seiner Interessen zur Verfügung. Moskau hat allerdings seine Karte in Form einer Unterstützung für den »Front National« (FN) gespielt, der in den letzten Jahren an Profil gewonnen hat, sowie für einige andere Figuren der radikalen Rechten, wie etwa Philippe de Villiers. Fast überall im übrigen Europa sind – wenn auch in geringerem Maße – jetzt zunehmend prorussische Stimmen zu vernehmen.

Wie ist dieser neue Aspekt in den Beziehungen zwischen Europa und Russland zu verstehen? Was sagt das über die Veränderungen in der europäischen politischen Kultur und über Russlands *soft power* aus? Diese Fragen werden in dem im Erscheinen begriffenen Sammelband »Eurasianism and European Far Right: Reshaping the Europe-Russia Relationship« (s. Lesetipps) diskutiert.

Russlands Vision einer neuen Weltordnung

In der Vergangenheit hatte die Sowjetunion eine große Gemeinde opportuner Verbündeter in aller Welt aufgebaut und sich auf ein wohlstrukturiertes Netzwerk aus Freundschaftsgesellschaften, Frontorganisationen, Städtepartnerschaften und Bewegungen mit offenkundigen politischen Zielen (Frieden usw.) gestützt, deren Verfolgung als Unterstützung der sowjetischen Agenda betrachtet wurden. Diese Form öffentlicher Diplomatie fiel jedoch nach Einsetzen der Perestroika und dem Zusammenbruch der UdSSR schnell auseinander, und

es brauchte einige Zeit, sie wieder aufzubauen. Sie entstand erneut während Wladimir Putins zweiter Amtszeit als Präsident (2004–2008), als Russlands Strategie zum Umgang mit der Globalisierung ihre Hochzeit hatte. Die Wirtschaft des Landes florierte und die Regierung war überzeugt von ihrer wiedergewonnenen Macht und ihren Versuchen, Russland in die globalen wirtschaftlichen und politischen Prozesse einzubinden. Sie sah sich aber auch den Herausforderungen durch die farbigen Revolutionen und wachsende Kritik an den innenpolitischen Entwicklungen des Landes gegenüber. Gerade in dieser zweiten Amtszeit Putins haben sich neue Methoden öffentlicher Diplomatie herausgebildet. 2004 rief Moskau den Waldaj-Klub ins Leben, eine Dialogplattform internationaler Russlandexperten. 2007 wurde das »Institut für Demokratie und Zusammenarbeit« gegründet, um die eigene Wahrnehmung der Werte von Demokratie und Menschenrechten voranzutreiben, und zwar von Werten, die mit der von Wladislaw Surkow geschmiedeten »souveränen Demokratie« vereinbar sind. 2008 wurde die »Stiftung für öffentliche Diplomatie« ins Leben gerufen, und 2010 wurde der »Russische Rat für Internationale Angelegenheiten« (russ. Abk.: »RSMD«) eingerichtet, eine weitere Plattform für internationale Politik. Gleichzeitig investierte Russland beträchtliche Summen in den Mediensektor, indem es eine Reihe neuer Medienprojekte startete, sowohl für russischsprachiges Publikum, als auch für die internationale Öffentlichkeit (»Russia Today«, »Russia beyond the Headlines«).

Diese Politik der »Kameradschaft« wurde auf eine ideologische Agenda gestützt, die sich erst allmählich entwickelte und sich kurzgefasst wie folgt definieren lässt: Russland prangert die Scheinheiligkeit und die doppelten Standards der westlichen Weltordnung an, die so tue, als würden die Länder des Westens, vor allem die USA, eine idealistische Agenda von Demokratieförderung, Menschenrechten und einem humanitär begründeten Interventionsrecht verfolgen. Die Außenpolitik Washingtons werde aber, so die beharrliche Behauptung Russlands, in Wirklichkeit von rein realistischen, strategischen Interessen bestimmt; sie sei darauf ausgerichtet, die Übermacht der militärischen finanziellen und industriellen Fähigkeiten der USA zu bewahren, ihre Alliierten (Europa, Japan, Israel) in einer Sicherheitsabhängigkeit zu halten und sicherzustellen, dass keine Konkurrenz in Gestalt von anderen Ländern oder regionalen Blöcken entsteht.

Russland behauptet, die Dominanz der USA sei für die Weltordnung, so wie diese aufgebaut ist, strukturell: Die Gesetze seien zugunsten der zickzackartigen Interpretationen der USA gestaltet worden; das Welthandelssystem und das Anleihsystem der internationalen Finanzinstitutionen zementierten die Finanzhegemonie

der USA; die Mediensphäre sowie das Internet stünden unter der versteckten Kontrolle der USA, wie die geographische Position der Server und Anbieter zeige, usw.

Russland sucht seinerseits diese Form der Realpolitik anzuprangern und Alternativen zur globalen Dominanz der USA zu etablieren. Diese Alternativen bestehen aus verschiedenen Elementen: Respektierung staatlicher Souveränität im westfälischen Sinne (die Fälle Georgien und Ukraine betrachtet Russland als außerhalb der Norm liegend, da deren Souveränität falsch sei, aus Gründen, die hier nicht weiter erörtert werden sollen); Herausstellung der Vollversammlung der Vereinten Nationen als einzigen echten Träger der Weltmeinung; Stärkung alternativer regionaler Plattformen wie die der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) oder der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SCO); Deligitimierung der NATO als Symbol einseitiger Einmischung; Weigerung jedwede US-Politik zum Sturz herrschender Regime im Namen demokratischer Forderungen zu unterstützen (eine Lehre aus dem Arabischen Frühling und dem Umgang mit der Libyen-Krise, die in Russlands unerschütterlicher Unterstützung für Baschar Al-Assad in Syrien einen Ausdruck findet); schrittweiser Aufbau einer alternativen Finanzordnung (die »Neue Entwicklungsbank« der BRICS, nicht US-Dollar-basierte gegenseitige Energiegeschäfte, Devisentausche und ausländische Direktinvestitionen); eine Politik, mit der der Vorherrschaft der USA im Informationsbereich und der digitalen Welt begegnet werden soll.

Russlands Forderung nach einer neuen Weltordnung dient offensichtlich eigenen strategischen Zielen: Es verlangsamt den Rückgang der internationalen Einflussmöglichkeiten Moskaus, konsolidiert seine Macht in der Region sowie sein politisches Regime, und zögert die Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen hinaus. In seiner Strategie betrachtet Russland China als seinen wichtigsten Verbündeten, da nur Chinas finanzielle und wirtschaftliche Schlagkraft eine solche Alternative plausibel macht. Dieses Bündnis ist vor allem aus zwei Gründen ambivalent: Zum einen könnten Peking und Moskau ein gemeinsames Endziel haben, Pekings Mittel könnten aber andere sein, weniger unmittelbar und weniger konfrontativ. Zum anderen entwickelt sich die Balance zwischen den beiden Ländern nicht zu Gunsten Russlands. Tatsächlich lässt sich nur schwerlich absehen, welchen Platz und welchen Status Russland in einer von China dominierten Welt einnehmen könnte.

Russlands neue Freunde in Europa

Russland hat auch in Europa neue Verbündete entdeckt. Seine Agenda in Europa ist Teil einer breiteren Wahrnehmung dessen, wie die internationale Ordnung zu

ändern sei: Europa sollte dazu gedrängt werden, sich von den USA zu distanzieren und seine eigenen diplomatischen und Verteidigungsstrukturen zu errichten, und zwar solche, die weniger transatlantisch oder sogar gegen die NATO ausgerichtet wären. Es sollte eine kontinentale geopolitische Achse entwickelt werden, verkörpert durch das Dreieck Paris-Berlin-Moskau, während gleichzeitig eine EU-Mitgliedschaft von Ländern der »gemeinsamen Nachbarschaft« zu verhindern wäre. Moskaus Vision von Europa bedeutete auch eine Reduzierung der supranationalen und normativen Agenda der europäischen Institutionen und gäbe einem »Europa der Nationen« Vorrang, in dem die Vielfalt der Nationalstaaten erhalten bliebe, und in welchem Europa nicht versuchen würde, seine Werte und Normen in die übrige Welt zu exportieren.

In Europa gibt es zwei politische Richtungen mit einer ganz ähnlichen Agenda: die radikale Linke, ob ehemals kommunistisch oder nicht, und die extreme Rechte. Die Aussichten, dass die erstere in der Lage wäre, Einfluss in ganz Europa geltend zu machen sind eher begrenzt, selbst wenn in Südeuropa einige linksgerichtete Gruppen jüngst einen gewissen Einfluss gewonnen haben (Griechenland, Spanien, Italien). Gleichzeitig sind die Prognosen, dass Letztere in der Lage wären die europäische Szenerie zu stören, sehr viel überzeugender und realistischer. Darüber hinaus reflektiert ein Teil der Agenda der radikalen Linken eine kritische Haltung gegenüber dem Wesen des politischen Regimes in Russland und zeigt in Bezug auf Werte eine libertäre Sicht auf die Gesellschaft (Anerkennung von Minderheiten aller, insbesondere sexueller Art, Förderung des Rechts auf Anderssein, partizipatorische Demokratie, Wachstumskritik usw.), was alles andere als nach Moskaus Geschmack ist. Die europäische extreme Rechte hingegen vertritt ein konservatives Gesellschaftsmodell, unter anderem die Achtung traditioneller sozialer und religiöser, und somit auch politischer Hierarchien, Bewahrung eines konventionellen Familienmodells, Stärkung der Rolle eines starken Staates und der Figur des Staatsführers, was auch in Russland gegenwärtig als positiv betrachtet wird. Das »Political Capital Institute«, ein ungarischer Thinktank, hat in einer Studie über russische Verbindungen nach Europa festgestellt, dass die einzigen rechtsextremen Parteien, die Moskau feindlich gegenüber stehen, in Ländern aktiv sind, die an Russland grenzen und eine weit zurückreichende historische Erinnerung an Konflikte mit dem sehr viel größeren Nachbarn haben. Im Falle von Finnland, Lettland und Rumänien kann Nationalismus nur antirussisch sein (siehe »The Russian connection...« in den Lesetipps, S. 7). Für alle anderen lässt sich eine russophile Haltung ohne große Probleme in die eigene Agenda und das eigene Narrativ integrieren.

Die »Kameradschafts«-Strategie des Kreml mit der europäischen extremen Rechten korrespondiert stark mit Europas gegenwärtiger Schwäche und seinen internen Widersprüchen. Das bringt jedoch auch zwei spezifische, nicht zu unterschätzende Nachteile mit sich:

1. Die alte russophile Tradition der europäischen Linken entstammt ihren früheren Verbindungen zu den Kommunistischen Parteien, die mit der Sowjetunion verbündet waren oder zumindest mit ihr sympathisierten (selbst wenn einige europäische Linke auch durch Antikommunismus geformt wurden, insbesondere diejenigen, die vom Anarchismus und dann vom Trotzismus und Maoismus geprägt waren). Die russophile Tradition der europäischen äußersten Rechten ist sehr viel ambivalenter, jedoch keineswegs inexistent: Seit Beginn der 1920er Jahre schaute die sogenannte deutsche »konservative Revolution«, die zu einem durch Mussolinis Italien inspirierten Faschismus aufrief, intensiv auch nach Osten. In einigen italienischen und deutschen faschistischen Bewegungen sorgte das Russland der Bolschewiki – bis zu Stalins »Großer Wende« von 1929 – durch die Fähigkeit, revolutionäre Gewalt zu erzeugen und die notwendige *tabula rasa* herbeizuführen, für Bewunderung. Die rassistisch determinierte Politik der Nationalsozialisten, die die Slawen als minderwertige Rasse und Todfeinde des Dritten Reiches betrachtete, bereitete dieser Tradition ein Ende. In den Nachkriegsjahren gab es nur wenige marginale Gruppen der äußersten Rechten, die so genannten Nationalbolschewisten, die Anhänger eines »Europa der Nationen von Dublin bis Waldiwostok« blieben. Hierzu gehörte Jean-François Thiriart, der in den frühen 1980er Jahren meinte: »Wenn Moskau Europa europäisch machen will, predige ich totale Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Projekt. Ich wäre dann der Erste, der sich einen roten Stern an die Mütze heftet. Ein sowjetisches Europa, ja, ohne Vorbehalte.« (Thiriart, Jean : L'Europe jusqu'à Vladivostok, in: Nationalisme et République, 1992, Nr. 9). Diese Minderheit hat die europäische äußerste Rechte erst jüngst in die Lage versetzt, eine prussische Berufung zu entdecken.
2. Noch wichtiger ist vielleicht, dass die Liaison zwischen dem Putin-Regime und der europäischen extremen Rechten in vielerlei Hinsicht eine Zweckgemeinschaft ist. Auf der einen Seite haben diese beiden Lager tatsächlich die gleichen Feinde: EU-Institutionen, Liberalismus im Bereich der moralischen Werte, individualistische Werte und der »lockere Konsens« der parlamentarischen Demokratie. Andererseits ist der Kreml derzeit darum bemüht, Russland mit einem Label zu versehen, das es als Fahnenträger des europäischen Konservatismus dar-

stellt. Allerdings hat der Kreml nicht allzu sehr versucht, in konservativen Kreisen, die eher dem Mainstream zuzurechnen sind (etwa in der CDU/CSU in Deutschland, bei den Republikanern in Frankreich oder der Konservativen Partei im Vereinigten Königreich), Unterstützung zu suchen. Eine Ausnahme ist Ungarn und die Fidesz, doch wird hier eher an den extremen Rändern der Rechten geworben. Der Kreml vertritt zwar eine Ideologie der Stabilität, arbeitet aber gleichwohl mit Parteien zusammen, die zum Teil noch von Dämmerungs-Ideologien [*twilight ideologies*] angetrieben werden. Der Kreml hat es nicht vermocht, auch in den konservativen Kreisen Europas Verbündete zu finden und so blieb ihm nur die Wahl, die Beziehungen zu den einzigen Gruppen zu verstärken, die zur Bildung einer taktischen Allianz mit Moskau bereit waren, d. h. mit der extremen Rechten. Da sie auf hoher Ebene durch wichtige politische Figuren Russlands formalisiert wurden, sind diese gefährlichen Verbindungen zum Teil »normalisiert« worden. Sie haben ihren subversiven und revolutionären Charakter verloren und die Fassade einer Respektabilität erhalten. Die Bereitschaft der meisten, wenn auch nicht aller Bewegungen der extremen Rechten – und es gibt da viele Unterteilungen –, sich dem politisch korrekten Mainstream anzuschließen (Marie LePens Front National ist hier das deutlichste Beispiel) spielt den Bemühungen des Kreml in die Hände, diese Verbindungen auf der europäischen Bühne salonfähig zu machen.

Schlussfolgerungen

Versiert in Realpolitik spielt Moskau das Spiel, das ihm aus seiner Sicht der aktuellen Situation am angemessensten erscheint. Es hat bestimmte Interessen einiger EU-Mitgliedstaaten kultiviert, um die europäische Konstruktion zu schwächen. Moskau hofft Europas Attraktivität in den gemeinsamen Grenzregionen zu verringern. Es hat sich unter den fragilsten und am stärksten verstimmtten Ländern sowie bei gegen den Mainstream gerichteten Bewegungen neue Verbündete geschaffen. Innerhalb nur weniger Jahre ist es Moskau gelungen, Russophilie und Euroskepsis zu zwei Seiten einer Medaille zusammenzubringen und Russland als Gegenstück zu Brüssel zu positionieren. Das ist für europäische Parteien attraktiv, die sich als Opfer der EU-»Technokratie« wahrnehmen und nach neuen Verbündeten suchen, um gegen den gegenwärtigen »Mainstream« und die EU-Austeritätspolitik zu wettern und die »Ränder« zum Widerstand gegen das »System« aufzurufen.

Der Kreml vollführt damit einen schwierigen Balanceakt. Er verurteilt die Rolle, die der Ultra-Nationalismus bei der Revolution des Euro-Maidan gespielt

hat, und den Einfluss neofaschistischer Gruppen in der Ukraine, während gleichzeitig Parteien mit einer ähnlichen, allerdings prorussischen Ideologie als wahrhaftige Repräsentanten europäischer konservativer Werte hochgehalten werden. Die Suche nach Verbündeten in Europa – für ein Land wie Russland ein legitimes Vorgehen – bedroht das europäische Projekt und bringt eine Unzufriedenheit innerhalb des Kontinents ans Licht, die

die Eliten in Brüssel lieber ruhiggestellt sehen wollen. Wenn eine Schlussfolgerung aus diesem breiten Überblick gezogen werden kann, dann die, dass Moskau noch längst kein Epigone in Europa ist, sondern eher ein zentraler Akteur. Seine Entwicklung spiegelt Europas ideologisches Streben und politische Konstruktion, sowie dessen Erfolge und Misserfolge wider.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Marlene Laruelle ist Direktorin des Zentralasien-Programms und Forschungsprofessorin für Internationale Angelegenheiten am IERES, George Washington-Universität. Sie arbeitet zu Identität, Nationalismus und Ideologien in Russland und Zentralasien.

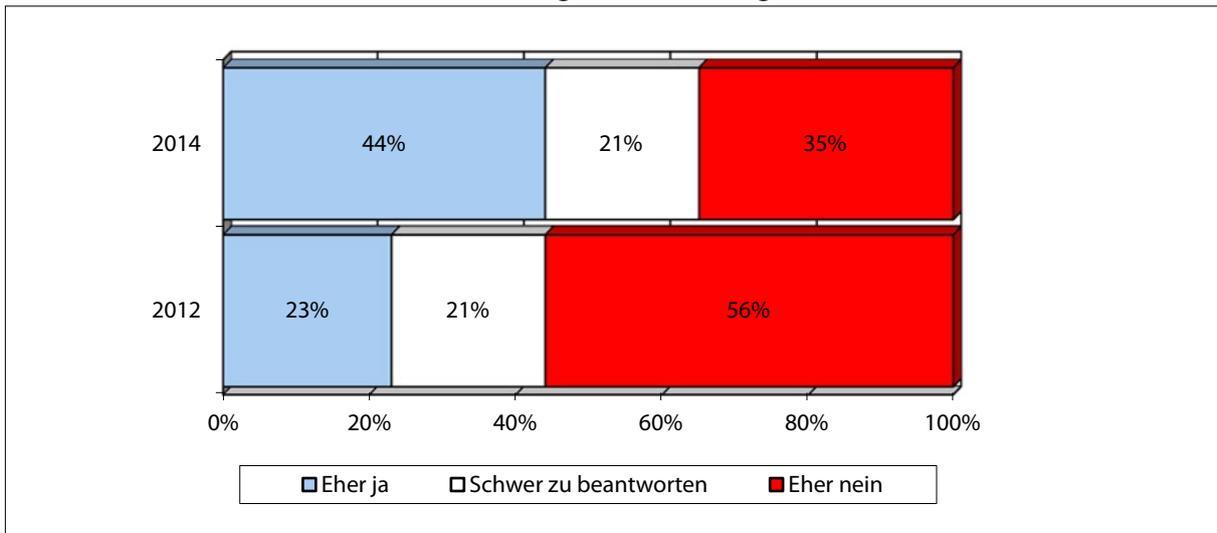
Lesetipps

- Laruelle, Marlene (Hrsg.): Eurasianism and European Far Right: Reshaping the Europe-Russia Relationship, Lexington: Lanham, MD 2015.
- POLITICAL CAPITAL Policy Research and Consulting Institute: The Russian Connection. The Spread of Pro-Russian Policies on the European Far Right [=Political Capital Institute Papers], 14 März 2014; <http://www.riskandforecast.com/useruploads/files/pc_flash_report_russian_connection.pdf>

UMFRAGE

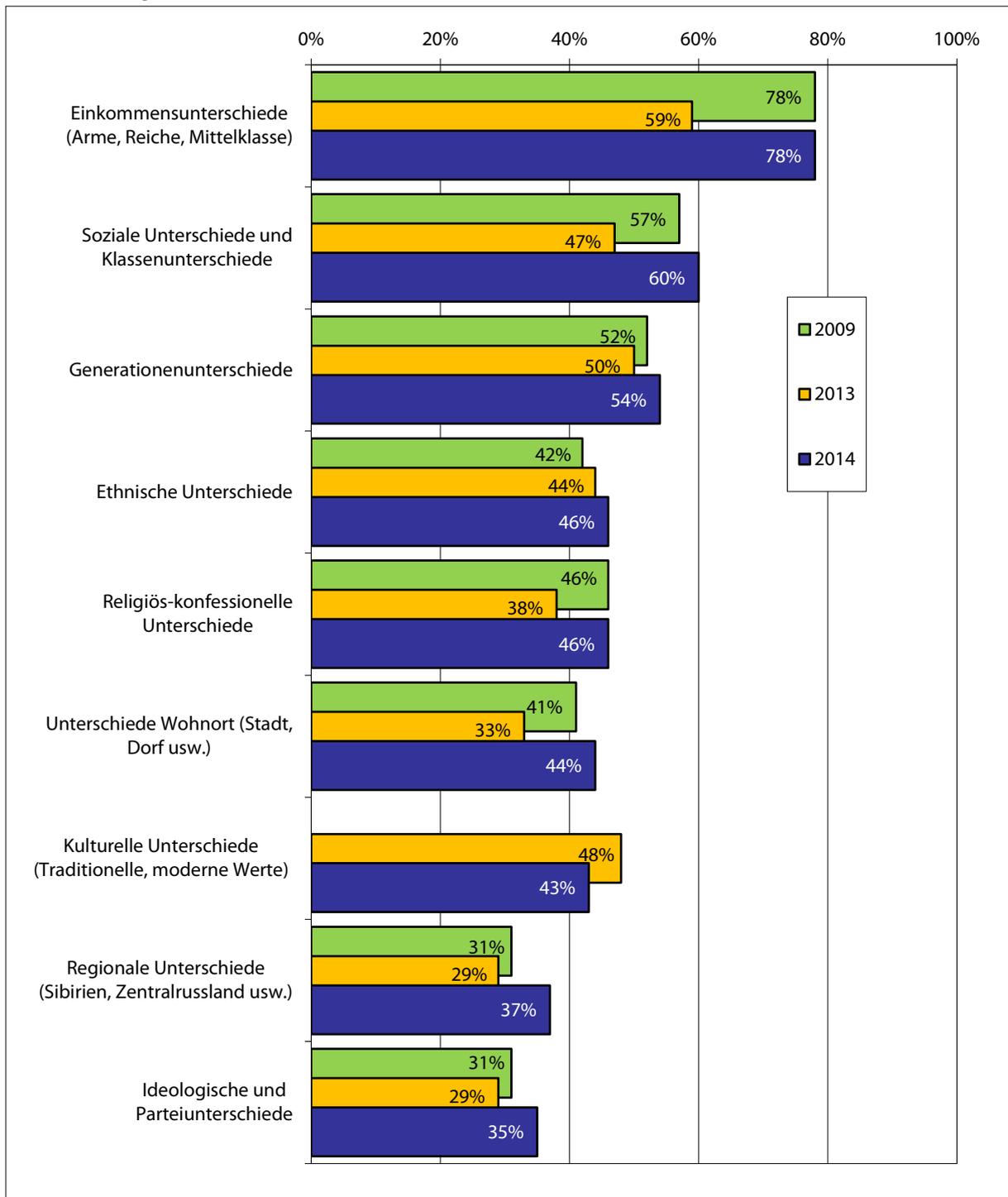
Konservatismus und nationalistische Ideen in russischen Umfragen

Grafik 1: Ist Russland heute Ihrer Meinung nach national geinnt?



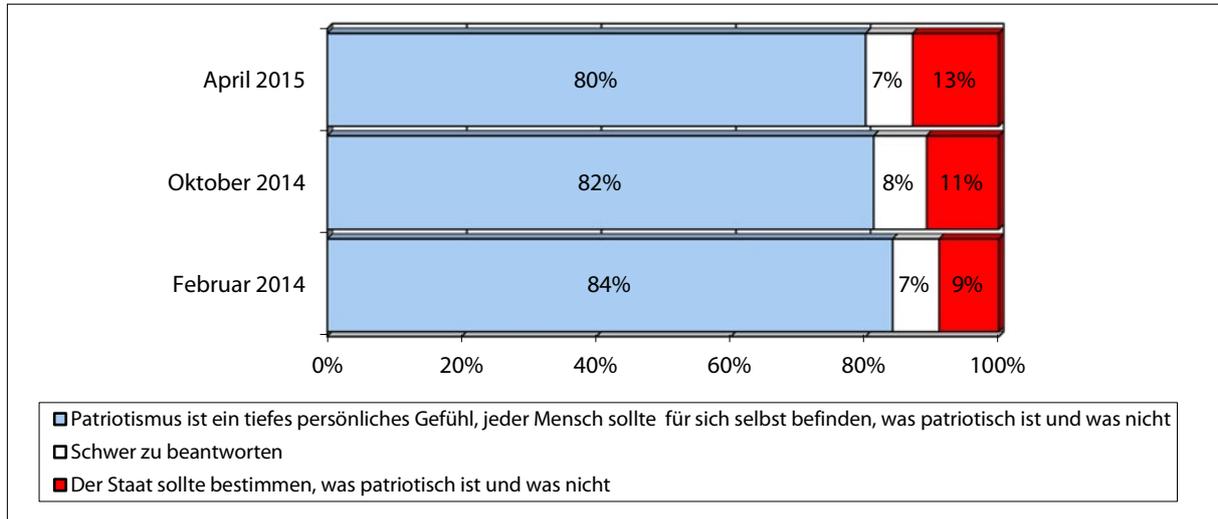
Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM vom 25.–26. Oktober 2014, N = 1600 <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115040>>, veröffentlicht am 2. November 2014

Grafik 2: Welche Unterschiede zwischen Personengruppen und Schichten halten Sie für wichtig, welche nicht?



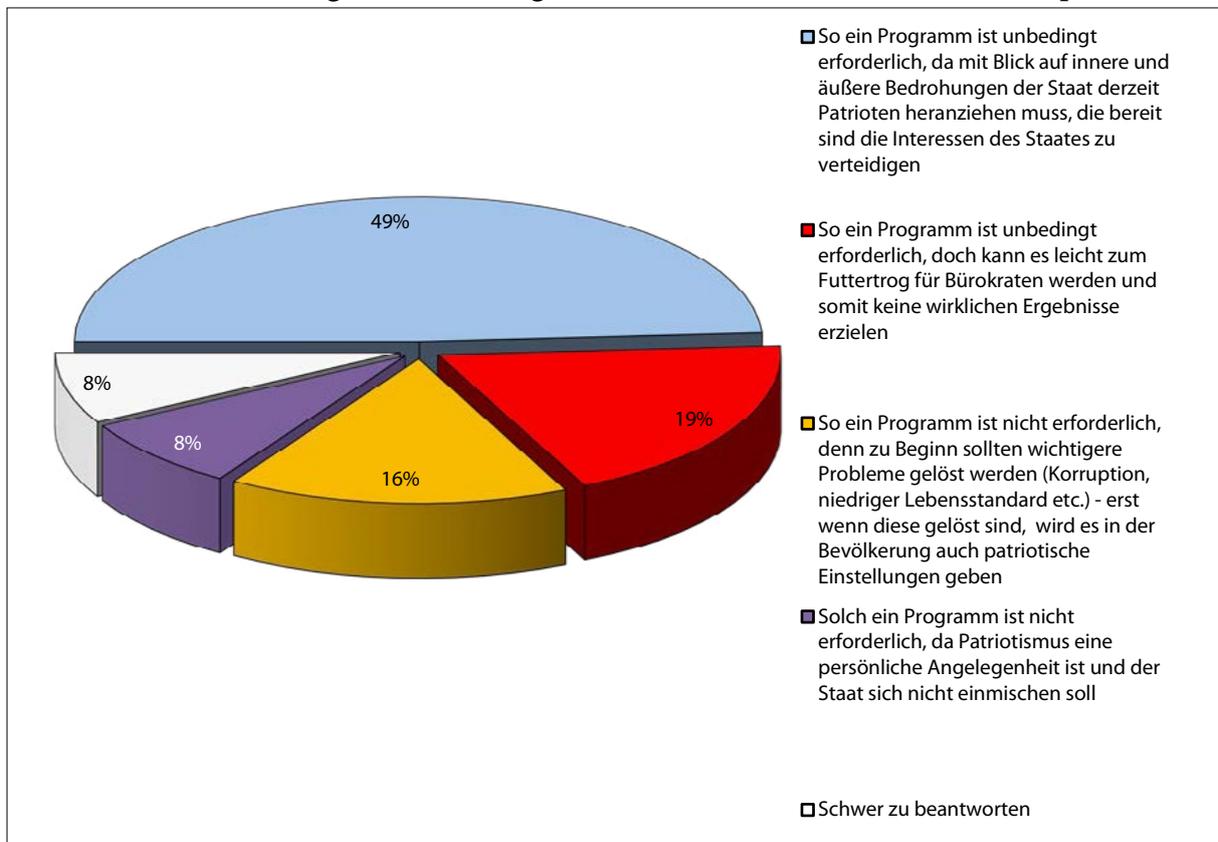
Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM vom 25.–26. Oktober 2014, N = 1600 <<http://wziom.ru/index.php?id=236&uid=115040>>, veröffentlicht am 2. November 2014

Grafik 3: Mit welchen der folgenden Meinungen zum Thema Patriotismus sind Sie am ehesten einverstanden?



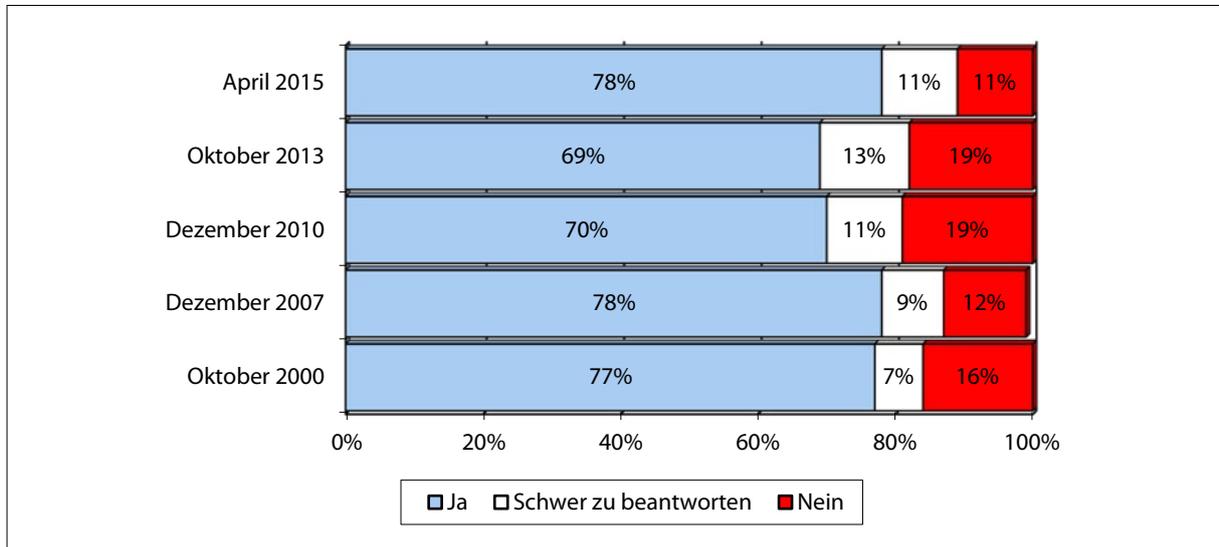
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 17.–20. April 2015, N= 1600 <<http://www.levada.ru/print/29-04-2015/patriotizm-i-gosudarstvo>>, veröffentlicht am 1. Mai 2015

Grafik 4: Mit welchen der folgenden Meinungen zum staatlichen Programm über die patriotische Erziehung russischer Bürger sind Sie am ehesten einverstanden? (April 2015)



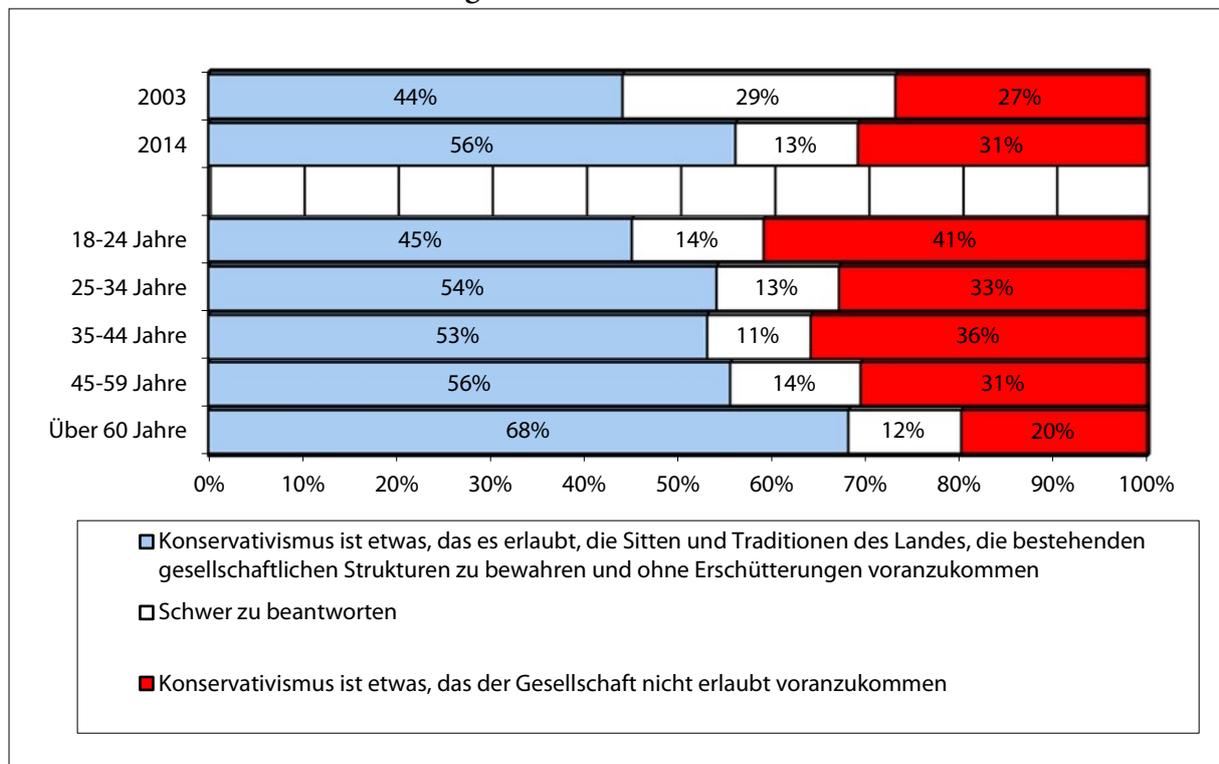
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 17.–20. April 2015, N= 1600 <<http://www.levada.ru/print/29-04-2015/patriotizm-i-gosudarstvo>>, veröffentlicht am 1. Mai 2015

Grafik 5: Schätzen Sie sich selbst als russischen Patrioten ein?



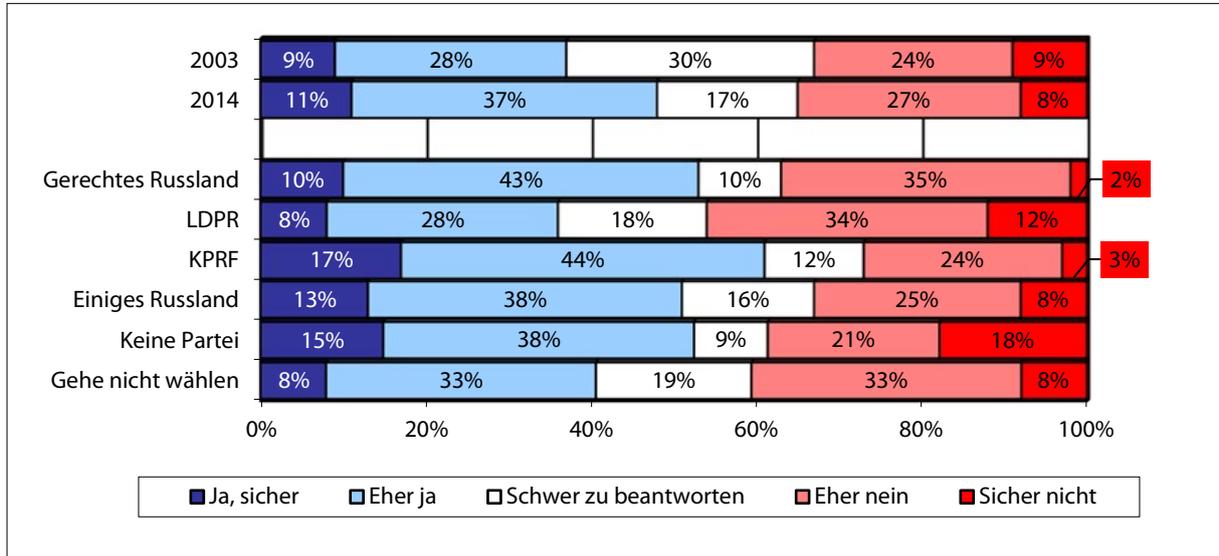
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 17.–20. April 2015, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/29-04-2015/patriotizm-i-gosudarstvo>>, veröffentlicht am 1. Mai 2015

Grafik 6: Mit welcher der unten angeführten Ansichten sind Sie am ehesten einverstanden?



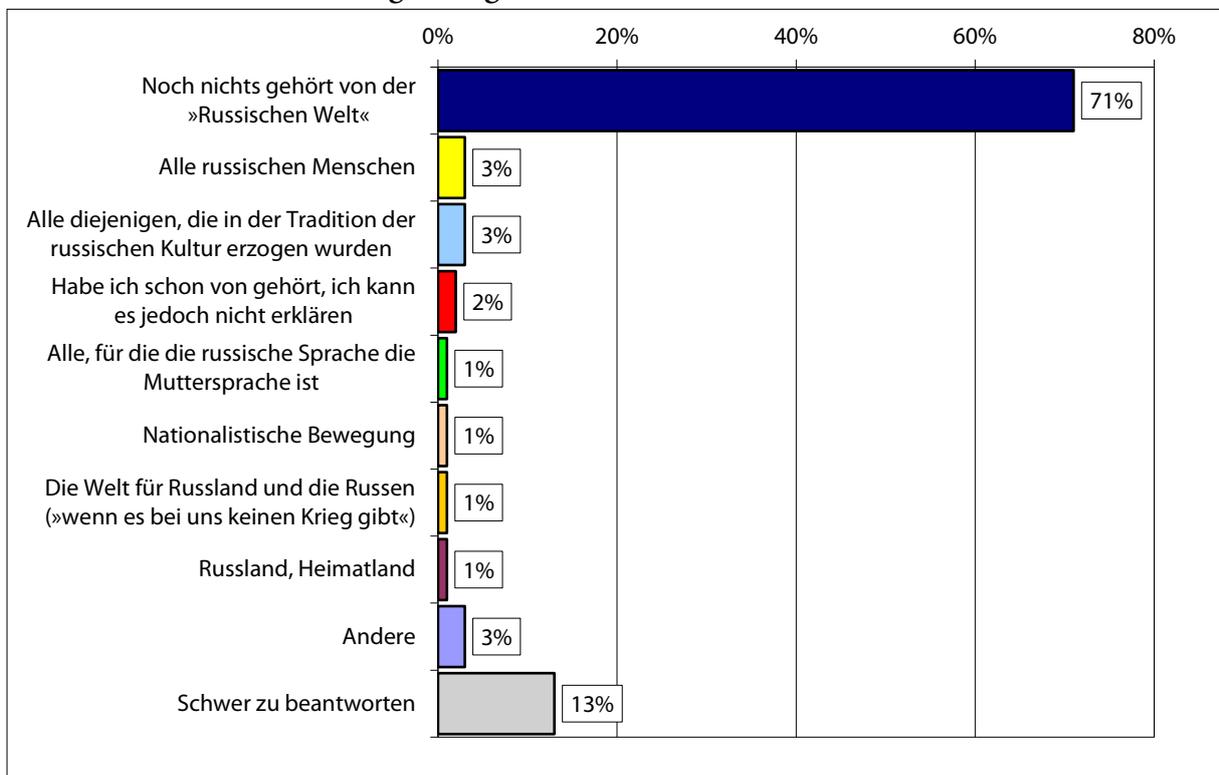
Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstitut WZIAM vom 15.–16. Februar 2014, N = 1600 <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=114768>>, veröffentlicht am 10. April 2014

Grafik 7: Sympathisieren Sie persönlich mit konservativen Ideen oder nicht?



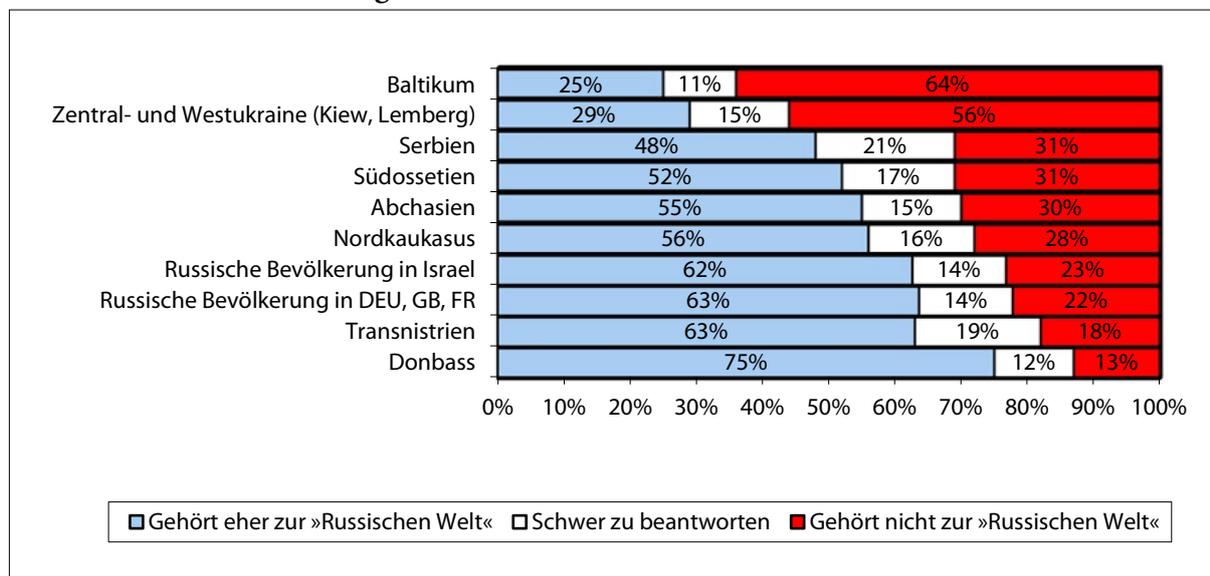
Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstitut WZIAM vom 15.–16. Februar 2014, N = 1600 <<http://wziom.ru/index.php?id=236&uid=114768>>, veröffentlicht am 10. April 2014

Grafik 8: Haben Sie von dem Ausdruck »Russische Welt« gehört? Wenn ja, erklären Sie bitte in zwei, drei Wörtern worum es sich handelt. (offene Frage, Auswahl der Antworten, die über 1 % der Befragten angaben)



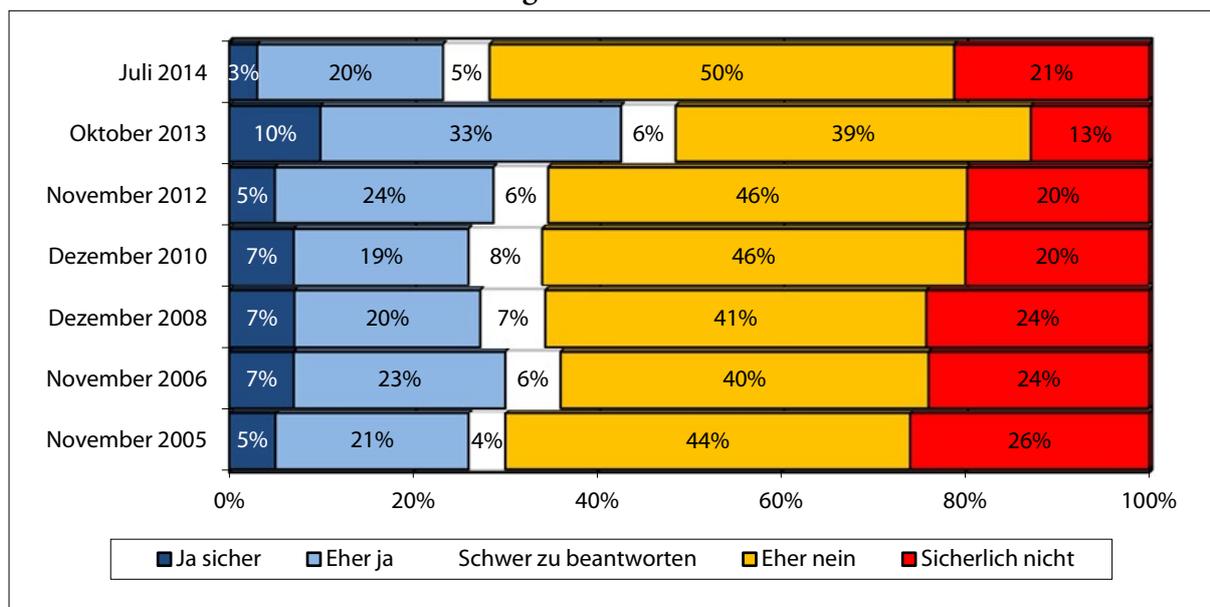
Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM vom 22.–23. November 2014, N = 1600 <<http://wziom.ru/index.php?id=236&uid=115074>>, veröffentlicht am 3. Dezember 2014

Grafik 9: Gehören Ihrer Meinung nach folgende Länder zur »Russischen Welt« oder nicht? (geschlossene Frage, eine Antwort pro Spalte, % derjenigen die annehmen, dass es die »Russische Welt« gibt)



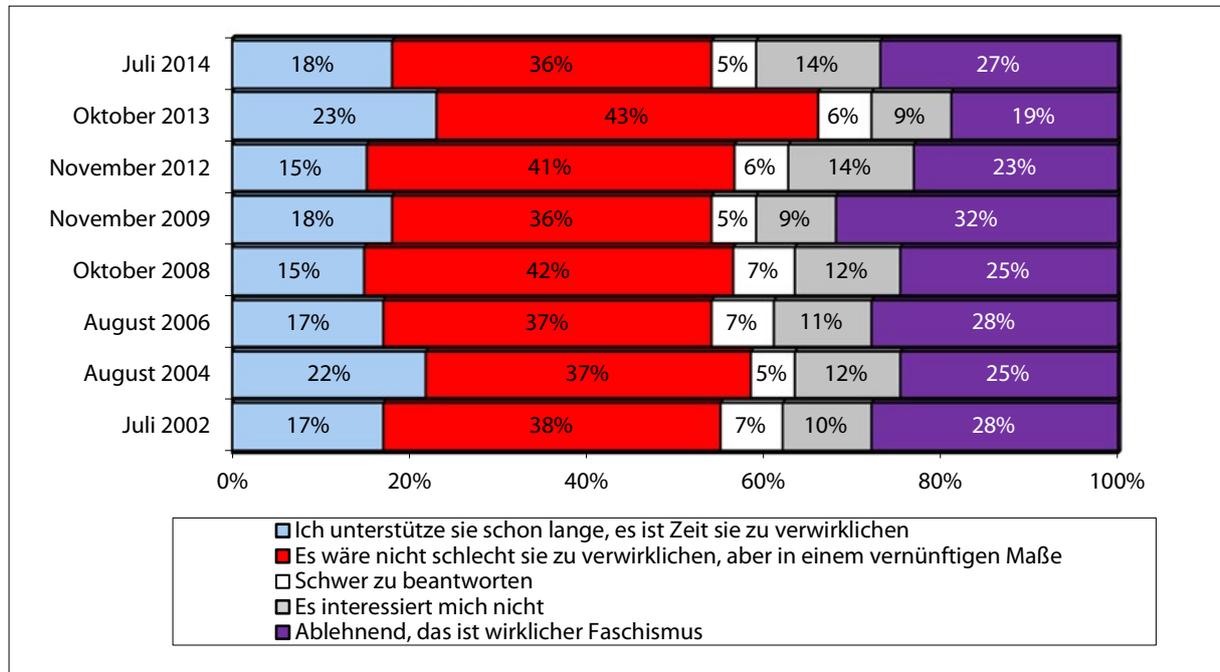
Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIOM vom 22.–23. November 2014, N = 1600 <<http://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=115074>>, veröffentlicht am 3. Dezember 2014

Grafik 10: Haben Sie den Eindruck, dass es in Ihrer Stadt oder Ihrer Region derzeit Spannungen zwischen den Nationalitäten gibt?



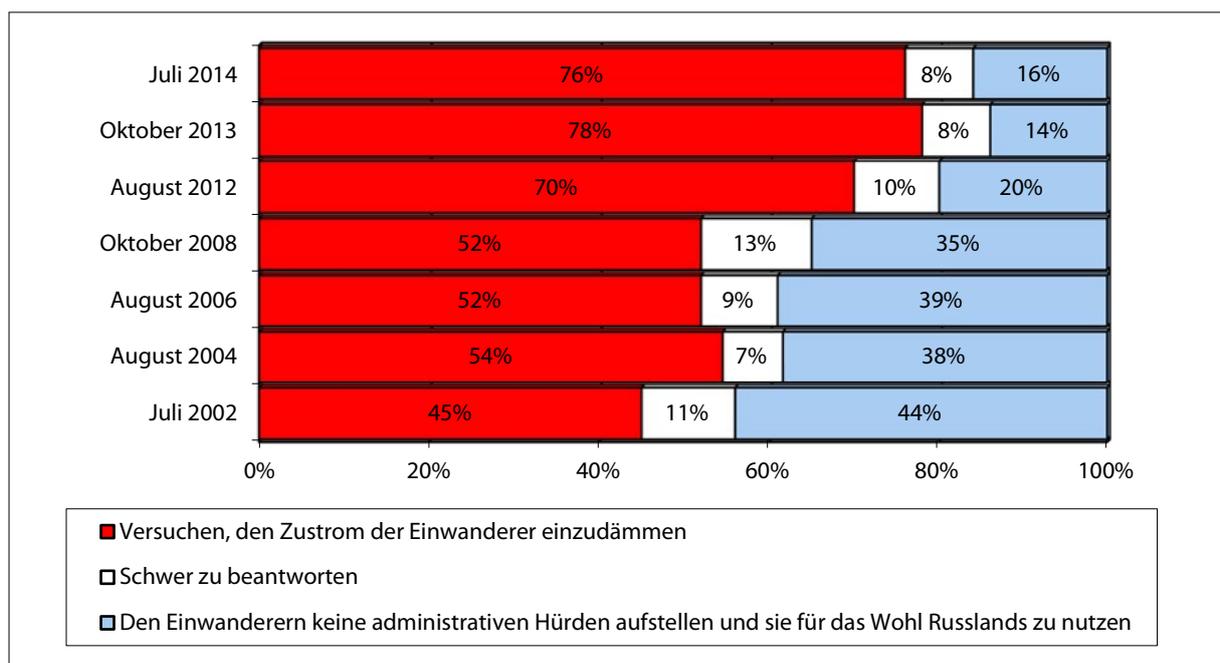
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>>, veröffentlicht am 27. August 2014

Grafik 11: Wie verhalten Sie sich gegenüber der Idee »Russland den Russen«?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>>, veröffentlicht am 27. August 2014]

Grafik 12: Was für eine Politik sollte die russische Regierung Ihrer Meinung nach verfolgen: den Zustrom an Einwanderern eindämmen oder ihnen auf ihrem Weg keine administrativen Hürden aufstellen und versuchen sie für das Wohl Russlands zu nutzen?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 18.–21. Juli 2014, N = 1600 <<http://www.levada.ru/print/26-08-2014/natsionalizm-ksenofobiya-i-migratsiya>>, veröffentlicht am 27. August 2014]

BORN: Der russische NSU

Sergey Medvedev, Berlin

Vier Jahre schon dauert das Gerichtsverfahren gegen die Mitglieder des »russischen NSU« – die sogenannte »Kampforganisation russischer Nationalisten« (BORN) an. Und es schlägt immer höhere Wellen, da es immer neue Fakten über die rechten Bewegungen in Russland aufdeckt. BORN (russ.: »Bojewaja organizacija russkich nazionalistow«) ist eine von Hunderten rechtsradikaler Organisationen im postsowjetischem Russland, die in den letzten 25 Jahren für die »Rassenreinigung« und Errichtung eines rechtskonservativen orthodoxen Staates kämpften und dabei auch vor illegalen Methoden bis hin zu Angriffen und Morden an Migranten, Antifa-Aktivisten, Journalisten und Rechtsanwälten nicht zurückschreckten. Den BORN-Mitgliedern wird eine Serie von mindestens neun Mordfällen in den Jahren 2006 bis 2010 zur Last gelegt. Dabei ist BORN nicht einmal die brutalste Gruppierung dieser Art. Zu den Opfern einer anderen rechtsradikalen Organisation, »NSO-Sewer« (dt.: »National-Sozialistische Gesellschaft Nord«), zählen 27 Migranten und Antifa-Aktivisten. Brisant wird der BORN-Fall aber vor allem wegen des Netzwerkes ihrer Anführer, das sich über Journalisten staatlicher Medien, führende Vertreter der kremlnahen Jugendorganisationen bis hin zu Funktionären in der Präsidentialadministration erstrecken soll.

Den Akten des Strafverfahrens zufolge entstand die Idee zur Gründung der »Kampforganisation russischer Nationalisten« im Jahr 2002, als sich zwei Geschichtsstudenten, Nikita Tichonow und Ilja Gorjatschew, in einem Forum kennenlernten. Seit Ende der 1990er Jahre gehörte Tichonow bereits einer Hooligan-Gruppierung des Moskauer Fußballvereins »Spartak« sowie der rechtsradikalen Gruppierung »OB-88« (Abkürzung für »Vereinigte Brigaden – Heil Hitler«) an. 2001 wurden mehrere Beteiligte von »OB-88« wegen eines Pogroms auf dem Marktgelände Zarizino, bei dem mehrere nichtslawische Verkäufer zum Teil schwer verletzt wurden, zu Haftstrafen verurteilt. Im Unterschied zu seinem Kampfgenossen hatte Gorjatschew keine Vergangenheit in der Subkultur der Fußballfans, sondern interessierte sich für nationalistische Theorien und besuchte von Zeit zu Zeit Rock-Konzerte der rechten Szene. Er war fasziniert von der Geschichte ultrarechter ausländischer Bewegungen, insbesondere den serbischen Nationalisten. 2002 reisten Tichonow und Gorjatschew schließlich nach Serbien, wo sie die Anhänger des orthodoxen Monarchisten Nebojša Krstić kennenlernten. Inspiriert von der Idee des Panslawismus, kehrten die jungen Nationalisten nach Moskau zurück, gründeten die Zeitschrift »Russkij Obras« (dt.: »Russisches Bild«), die die Grundlage für die gleichnamige politische Partei schaffen sollte. Inzwischen jobbte Tichonow bei der kremlnahen Zeitung »Reakzija«, lernte dabei den Korrespondenten der Boulevard-Zeitung »Komsomolskaja Prawda« Dmitri Steschin kennen, den er seitdem gelegentlich mit Publikationen bei »Russkij obras« beauftragte. Tichonow pflegte zudem weiterhin seine Kontakte in der Hooligan-Szene und beteiligte sich an Straßenkämpfen gegen politische Opponenten. Nach dem Mord an einem Antifa-Aktivisten musste er wegen laufender Ermittlungen gegen ihn aus dem Land fliehen und versteckte sich mehrere Monate in der Ukraine. Gorjatschew arbeitete in der Zwischenzeit an dem Ausbau seines Netzwerkes weiter und erhielt durch seine Kontakte mit den Funktionären der kremlnahen Jugendorganisationen »Mestnyje« (dt.: die Lokalen) und »Rossija molodaja« (dt.: junges Russland) eine staatliche Förderung für »Russkij obras«. In den Jahren 2006 bis 2007 arbeitete Gorjatschew als Assistent von Nikolaj Kurjanowitsch, eines Duma-Abgeordneten der rechtspopulistischen Partei LDPR, und in den Jahren 2007 bis 2011 bei Wiktor Wolodazkij, einem Abgeordneten der Regierungspartei »Einiges Russland« und Anführer der Kosaken-Bewegung. Daneben soll Gorjatschew mit der kremlnahen NGO »Nationales Labor für Außenpolitik« und mit Nikita Iwanow dem Stellvertretenden Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen der Präsidentialadministration zusammengearbeitet haben.

Als Tichonow 2007 mit einem gefälschten Pass aus dem Exil nach Russland zurückkam, präsentierte Gorjatschew ihm das eigentliche BORN-Projekt. Das neue Ansinnen bestand darin, sich den Weg in die große Politik durch eine Kombination von Abschreckung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit mit den Machteliten im Kreml zu bahnen. Angesichts seiner Erfahrungen in der Vergangenheit und seines Netzwerkes in der rechten Szene sollte Tichonow die Rolle des Koordinators im Machtflügel übernehmen, wohingegen Gorjatschew, der von seinem Gespür für politische Konjunkturen überzeugt war, für die Parteideologie sowie die Kommunikation mit dem Staatsapparat zuständig sein wollte. Geplant wurde zunächst eine Mordserie ausschließlich an prominenten Menschen, die vor allem PR-Zwecken der künftigen Partei dienen sollte.

Das erste Opfer sollte der Chef des Referats für Öffentlichkeitsarbeit der Orthodoxen Kirche, Wsewolod Tschaplín, sein, dem Gorjatschew »jüdische Verschwörung zur Zerstörung der russischen Orthodoxie« vorwarf. Nach dem Protest Tichonows, der Tschaplín nicht als gefährlich für den »russischen Staat« einstufte, einigten sich die Komplizen auf ein zufälliges Opfer, um erstmals auf BORN aufmerksam zu machen. Der erste Mord wurde somit 2008 an einem

den Tätern unbekanntem Migranten im Gebiet Moskau verübt. Das Opfer wurde enthauptet und sein Kopf wurde vor den Eingang des Bürgeramtes Moschajsk gelegt, versehen mit einem Zettel, auf dem BORN den Stopp der Anstellung von illegalen Migranten forderte. Kopien des Zettels sowie Bilder des Opfers wurden an die Medien verschickt.

Neben Migranten fielen der BORN-Gruppe auch Antifa-Aktivistinnen zum Opfer. Nach Angaben der Ermittler und nach Aussagen von BORN-Mitgliedern erhielt Gorjatschew die Kontaktdaten politischer Opponenten u. a. aus den Datenbanken des Zentrums zur Extremismus-Bekämpfung (russ.: »Zentr E«) des Innenministeriums, wo er angeblich Freunde hatte. Neben den Adressen künftiger Opfer soll BORN auch über Bilder verfügt haben, die auf Polizeistationen von festgenommenen Antifa-Aktivistinnen gemacht wurden, die von Zeit zu Zeit nach Auseinandersetzungen dort landeten.

Zu den prominentesten Opfern der »Kampforganisation russischer Nationalisten« gehören der Bürgerrechtler und Rechtsanwalt Stanislaw Markelow und die Umweltaktivistin und Journalistin der »Nowaja Gaset« Anastasija Baburowa, die im Januar 2009 im Zentrum Moskaus erschossen wurden. Das letzte Attentat verübte BORN 2010 an dem Richter Eduard Tschuwaschow, der die Gerichtsverhandlung gegen die »Weiße Wölfe«, eine andere neonazistische Gruppierung führte, und der angesichts seiner kritischen Äußerungen während der Verhandlung in den rechten Foren als »russophob« galt. Erst nach dem Mord an Tschuwaschow und dem Druck seitens seiner Kollegen nahm das Strafverfolgungskomitee im Fall der Mordserie Ermittlungen auf. Im Jahr 2011 wurden Tichonow und seine Lebensgefährtin Jewgenija Chasis wegen des Doppelmords an Markelow und Baburowa zu einer lebenslangen Haftstrafe (Tichonow) und 18 Jahren Haft (Chasis) verurteilt. Im April 2015 bekamen weitere BORN-Mitglieder lange Haftstrafen. Gorjatschew wurde 2013 in Serbien festgenommen und nach Russland ausgeliefert. Seit Juni 2015 läuft die Gerichtsverhandlung gegen den mutmaßlichen Gründer von BORN. Vor dem Hintergrund brisanter Aussagen Tichonows, Gorjatschew habe mit Wladislaw Surkow, der grauen Eminenz des Kreml, eng zusammengearbeitet, werfen einige Beobachter der russischen Justiz vor, politisch zu agieren und bringen den Fall somit mit dem Machtkampf unter den Kremlleuten in Verbindung. Mark Fejgin, der Rechtsanwalt Gorjatschews, zweifelte in einem Interview 2014 an der Glaubwürdigkeit der Aussagen Tichonows, der nach drei Jahren in einem der brutalsten Gefängnisse Russlands zur Milderung seiner Haftbedingungen an einer Kooperation mit den Ermittlern durchaus interessiert sein könnte. Fejgin schließt die Instrumentalisierung des BORN-Falls in dem seit Jahren andauernden Machtkampf zwischen Wjatschlaw Wolodin und Wladislaw Surkow nicht aus. Der zweite Anwalt von Gorjatschew, Nikolaj Polozow stimmte in einem Interview mit der Zeitschrift »Sowerschenno Sekretno« (25.02.2014; <<http://sovsekretno.ru/articles/id/4046/>>) seinem Kollegen zu und betonte dabei, dass der Fall Gorjatschew mit großer Wahrscheinlichkeit eine politische Bedeutung hat: »Die höchste Führung ist an dem Erhalt einer Art Balance interessiert. Es gibt einen Hauptmoderator an der Spitze. Ich schließe nicht aus, dass die Haken, die in unterschiedliche Richtungen geworfen werden, ungenutzt bleiben. Aber sie können auch in jedem beliebigen Moment gezogen werden. Meiner Meinung nach ist die Entscheidung noch nicht getroffen. Es wurde ein Auftrag erteilt, zu graben und Beweise zu sammeln.« Die Journalistin der unabhängigen Online-Zeitung »Slon«, Wera Kitschanowa, erklärte in einem Artikel vom 5. Februar 2014 (5.02.2014 <http://slon.ru/russia/nikita_tikhonov_spuskaya_kurok_ya_vsegda_chuvstvovaj_zh_soboy_podderzhku_lyudey_vliya_telnykh-1052988.xhtml>) ebenfalls die besondere Bedeutung des aktuellen Gerichtsverfahrens um BORN an, die für den Kreml besteht: »Der Fall Gorjatschew genießt besondere Aufmerksamkeit: Er wird von Generälen des Ermittlungskomitees und des FSB geführt, das heißt die Entscheidungen werden auf deutlich höherer Ebene getroffen als bei einem üblichen Ermittlungsverfahren einer beliebigen Mörder-Bande. [...] Gorjatschew ist für die Silowiki nur aufgrund einer Sache interessant: Er kann Aussagen über Vertreter der Macht machen, mit denen er verbunden war. Das Verhältnis des »Russkij Obras« zur Präsidialadministration ist erst durch das Gerichtsverfahren von Tichonow/Chasis bekannt geworden. Damals wurde aufgrund von Angaben Gorjatschews publik, dass der Vertreter der Filiale von »Mestnyje« in Ljuberzy [eine Stadt am Rande Moskaus; d. Red.], Leonid Simunin, nicht nur »Russkij Obras« für die Präsidialadministration betreute, sondern auch Tichonow bat, ihm bei der Beschaffung von Waffen, Bodyguards und der Eintreibung von Schulden zu helfen. Wladislaw Surkow, der im letzten Jahr [2013; d. Red.] seines Postens im Weißen Haus enthoben wurde, war mehrfach in den Verdacht geraten, die Opposition betreut und finanziert zu haben. Während ihn die Anschuldigungen wegen der Unterschlagung von Geldern der »Skolkowo«-Stiftung und wegen Kontakten zur »Bolotnaja«-Opposition nicht sehr teuer zu stehen kamen, könnten Aussagen Gorjatschews für ihn schwere Auswirkungen haben; selbst wenn diese Aussagen zum Teil unglaubwürdig klingen und zum Teil dem, was während des Gerichtsverfahrens Tichonow/Chasis öffentlich wurde, widersprechen. [...]«

Wladislaw Surkow wurde 2013 aus dem Ressort Innenpolitik in den Bereich versetzt, der sich mit der Zusammenarbeit mit den ehemaligen Sowjetrepubliken und vor allem mit der Ukraine beschäftigt. Seit der Krim-Annexion und dem Beginn der Auseinandersetzungen in der Ostukraine koordiniert Surkow neben den Verhandlungen Mos-

kaus mit Kiew auch die Kommunikation mit den sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk. Anfang Juni gab der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitrij Peskow, zum ersten Mal einen kurzen Kommentar zur angeblichen Verbindung zwischen BORN und ehemaligen Beamten aus der Präsidentialadministration ab und wies alle Vorwürfe zurück. Selbst wenn Surkow und seine Mitarbeiter in der innenpolitischen Abteilung der Präsidentialadministration über die Tätigkeit von BORN tatsächlich Bescheid gewusst oder gar mit Gorjatschew und Tichonow zusammengearbeitet haben sollten, ist es schwer vorstellbar, dass diese Informationen nach dem Abschluss des Gerichtsverfahrens gegen den mutmaßlichen BORN-Ideologen in die Öffentlichkeit geraten. Sie dürften eher in einem internen Elitenkampf weiter instrumentalisiert werden.

NOTIZEN AUS MOSKAU

Liegt Russlands Glück nun in China?

Jens Siegert, Moskau

Noch im vergangenen Oktober habe ich auf die Frage in der Überschrift mit einem klaren »Nein« geantwortet: »In Wirklichkeit glaubt das natürlich kaum jemand [in Russland, JS]. Im Gegenteil sind viele davon überzeugt, dass China bei erster Gelegenheit [...] die Schwäche Russlands ausnutzen wird« (). Nun, nur ein gutes halbes Jahr später, scheint das anders geworden zu sein. Damit meine ich nicht den vorwiegend propagandageprägten und (fernseh-)öffentlichen Diskurs. In ihm ist China spätestens seit der Krim-Annexion vom März 2014 das gelobte Partner-Land. Seit einiger Zeit wird man aber den Eindruck nicht los, die China-Euphorie habe längst auch seriöse Expertenkreise erfasst.

Hier nur drei (durchaus prominente) Beispiele. Bereits im März veröffentlichte Fjodor Lukjanow, Chefredakteur der Vierteljahreszeitschrift »Russia in Global Politics«, die vom einflussreichen »Rat für Außen- und Verteidigungspolitik« herausgegeben wird, in der Tageszeitung »Die Welt« eine, wie er es nannte, »politische Phantasie«, in der er, unter der Überschrift »Wenn Russen und Chinesen gemeinsam marschieren« eine Welt in zehn Jahren beschreibt, in der »Russland und China einen mächtigen Block bilden – eine Alternative zum politischen Modell des Westens, der keinen Weg aus der Krise findet«.

Nur kurze Zeit später, Anfang April, veröffentlichte Dmitrij Trenin, Direktor des Moskauer Carnegie Zentrums, einen längeren Text unter dem Titel »From Greater Europe to Greater Asia? The Sino-Russian Entente«. Trenin ist ein wenig vorsichtiger als Lukjanow. Er sage zwar keinen neuen, festen chinesisch-russischen Block voraus, schreibt er, wohl aber ein Ende der Versuche, das postsowjetische Russland in den Westen zu integrieren. Russland werde künftig versuchen,

seine Verbindungen mit nicht-westlichen Ländern zu vertiefen und zu festigen, mit einem deutlichen Schwerpunkt auf Asien.

Der dritte in dieser durchaus illustren Runde ist Sergej Karaganow. Karaganow, dem früher immer mal wieder Ambitionen auf den Posten des russischen Außenministers nachgesagt worden sind, ist heute Dekan der Fakultät für Weltwirtschaft und Weltpolitik der Moskauer Staatlichen Hochschule für Wirtschaft, die immer noch das wissenschaftliche Basislager der Liberalen ist. Er schrieb in einem langen, »Wiener Konzert des XXI. Jahrhunderts« überschriebenen und Anfang Juni in der Regierungszeitung »Rossijskaja Gaset« erschienenen Artikel zwar weniger über China als vielmehr über den bevorstehenden Untergang (oder zumindest unaufhaltbaren Niedergang) des Westens (wobei die meisten Russen, in memoriam Oswald Spengler, im Geist wohl »Abendland« ergänzen). Aber die Hauptthese von Karaganow ist auch, dass der Westen, weil im großen Weltenringen auf der Verliererstraße, angefangen habe, schmutzige Tricks in den Auseinandersetzungen mit seinen geopolitischen Konkurrenten (lies: vor allem, aber nicht nur, mit Russland) anzuwenden. Das werde zwar den Niedergang nicht aufhalten, mache es anderen (lies erneut: Russland) aber einfacher und für sie auch notwendig, sich umzuorientieren. Auch hier wird Asien und damit natürlich China zur natürlichen Wahl.

Das alles wäre nicht sonderlich verwunderlich (denn solche Texte gibt es en masse), wären diese drei nicht die bekanntesten und Richtung Westen bisher »sprechfähigsten« Experten für Internationale Politik in Russland. Es ist auch nicht so, dass sie dieses Thema bisher nicht angesprochen hätten, aber der Zungenschlag ist ein derart anderer geworden, dass die Frage nach dem

Warum nicht nur sinnvoll, sondern notwendig geworden ist. Warum also geben diese ja klugen und reflektierten Menschen der schon notorischen Umkehrung der russischen Propaganda (nicht Russland ist schwach, sondern der Westen; nicht Russland ist aggressiv, sondern der Westen; nicht Russland hat sich vom Westen abgewandt, sondern der Westen von Russland usw.) ihre professionellen Weihen, noch dazu Weihen, die durch ihren Ruf als (in unterschiedlicher Abstufung) eher »Liberale«, also im innerrussischen Diskurs eher westlich orientierte, besondere Glaubwürdigkeit erhalten?

Darauf gibt es drei Antworten, bei denen aber von außen kaum zu entscheiden ist, welche die »richtige« ist. Die erste Antwort lautet (sehr russisch!), dass die das so nicht denken, aber von irgendjemandem den Auftrag dazu bekommen haben, es so zu schreiben. Antwort zwei (nicht weniger russisch) ist etwas komplizierter: Die Autoren denken nicht so, aber sie halten es für notwendig, so zu schreiben, wie sie schreiben, weil sie, zum Beispiel, vor etwas warnen wollen (in diesem Fall also wohl vor den Folgen der russischen Wendung nach Osten), sich aber nur mit radikalen Thesen Gehör zu schaffen erhoffen. Oder weil sie meinen, solch eine Warnung nicht direkt aussprechen zu können oder zu dürfen (zum Beispiel weil das ihre Position in Russland gefährden würde). Die dritte Antwort ist die einfachste: Die Autoren sind von ihren Thesen überzeugt.

Unabhängig davon, welcher der Antworten wir den Vorzug geben, reflektieren die Artikel aber eine zunehmende Dynamisierung und Radikalisierung des inner-russischen Diskurses über den richtigen außenpolitischen Kurs des Landes. Sie zeigen die zunehmende Dominanz sogenannter »national-patriotischer« Positionen. Das hat mit dazu geführt, dass auch diese eher »liberalen« Autoren sich in ihren Einschätzungen nun tatsächlich dem vorherrschenden Diskurs annähern haben oder dies nur, aus welchen Gründen auch immer, für notwendig halten. Aus diesem Grund soll hier nun im Weiteren davon ausgegangen werden, ihre Annahme, die (warum auch immer in den vergangenen Jahren schon ins Schlingern geratene) West-Integration Russlands sei endgültig (was immer das, in historischen Kategorien gedacht, heißt) tot, stimme. Das führt dann direkt zu der Frage, ob eine Allianz mit China tatsächlich, wie behauptet, ein vollwertiger oder zumindest ausreichender Ersatz oder Ausgleich dafür sein kann und was Russland dafür bezahlen muss.

Ich will dieser Frage, in Fortsetzung meiner Gedanken vom vergangenen Oktober dazu, hier kurz in drei Punkten nachgehen: erstens anhand des Verhaltens Chinas in der Russland-Ukraine-Krise, zweitens mit einem Vergleich des Versuchs der institutionellen Einbindung Russlands in westliche internationale Strukturen mit

den neu sich entwickelnden Institutionen unter Einchluss Chinas und drittens mit ein paar Überlegungen dazu, wie stabil eine enge russisch-chinesische Allianz zu werden verspricht. Dabei steht immer die Frage im Hintergrund, ob die von Russland angestrebte Gleichgewichtigkeit des Verhältnisses mit dem neuen Partner überhaupt erreichbar ist. Denn der Grundton aller russischen Klagen war (und ist) das Fehlen eines Verhältnisses mit dem Westen »auf Augenhöhe«.

Das Verhalten Chinas in der Russland-Ukraine-Krise könnte dem Kreml tatsächlich ein wenig Hoffnung geben. China hatte 1994 der Ukraine ebenfalls (wie die Nuklearmächte USA, England und auch Frankreich), allerdings nicht in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag sondern in einer einseitigen »Erklärung« (»Statement of the Chinese Government on the security assurance to Ukraine issued on 4 December 1994«) Sicherheitsgarantien für den Fall des Abzugs der ursprünglich sowjetischen Atomraketen nach Russland gegeben. Nach der Annexion der Krim durch Russland und der russischen Unterstützung des Kriegs im Donbass blieb die chinesische Regierung jedoch still, was aber im Donnergetöse der westlich-russischen Friktionen kaum auffiel.

Mehr noch: Unmittelbar nach der Annexion der Krim im März schloss China mit Russland einen Gasliefervertrag ab, über den seit mehr als zehn Jahren ohne Ergebnis verhandelt worden war. Seither sind noch eine ganze Reihe anderer Verträge und Geschäftsabschlüsse hinzu gekommen, zuletzt beim Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping zur Feier des »70. Jahrestages des Sieges« nach Moskau. Xi saß beim Abnehmen der waffengespickten Siegesparade gemeinsam mit seiner Ehefrau direkt neben Putin in der ersten Reihe. Es wurde gescherzt und gelacht. Alle anderen angereisten Staatsoberhäupter (die westlichen boykottierten den Aufmarsch), egal ob von unmittelbaren Verbündeten der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg oder von ehemaligen Sowjetrepubliken, saßen weit entfernt oder in hinteren Reihen.

Bei aller demonstrativen Einvernehmlichkeit haben der Gas- und andere Deals mit China aber einen klaren Gewinner. Es besteht zwischen China und Russland eben nicht die so sehr angestrebte Beziehung »auf Augenhöhe« (wobei die Chinesen sich hüten, das neue Machtgefälle auf irgendeine Art zu betonen). Das zeigen auch die in den beiden Ländern unterschiedlichen Diskussionen über die Wirtschaftsbeziehungen. Während in Russland die geopolitischen Fragen im Vordergrund stehen, dreht sich die Diskussion in China fast ausschließlich um die wirtschaftlichen Aspekte. Soweit ich den innerchinesischen Diskurs verfolgen kann (ohne chinesisch zu können und Chinaexperte zu sein), wird

dort Russland überwiegend ebenso als alter und alternierender Westen betrachtete, wie das in Russland mit dem westlichen Original geschieht – nur, wie mir scheinen will, mit mehr Recht.

Ein wenig anders sieht es auf den ersten Blick mit den zunehmenden institutionellen Verflechtungen zwischen Russland und China aus. Die waren ja mit dem Westen (vor der jetzigen Konfrontation) bereits recht weit gediehen. Russland ist als Nachfolger der Sowjetunion Mitglied der KSZE, der bereits 1975 gegründeten Konferenz über Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa, die sich 1995 in OSZE umbenannte. Ebenfalls in den 1990er Jahren trat Russland dem Europarat bei und wurde in den (informellen) Club der G8 aufgenommen. 2002, also schon unter Präsident Putin, wurde der NATO-Russland-Rat eingerichtet, nachdem Russland seit 1994 Mitglied im Programm »Partnerschaft für den Frieden« gewesen war.

Auch mit China sucht Russland seit einigen Jahren eine engere, auch institutionelle Verflechtung. Die erste war die »Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit«, die 2001 gegründet wurde und vor allem eine Sicherheitskooperation zwischen Russland, China und den zentralasiatischen Staaten zum Ziel hat. Inzwischen haben noch eine ganze Reihe von Staaten, wie Indien, Pakistan, der Iran, Afghanistan und die Mongolei Beobachterstatus erlangt. Global noch mehr beachtet und ernst genommen ist wohl der BRICS-Zusammenschluss von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, der meist als »Vereinigung aufstrebender Volkswirtschaften« charakterisiert wird. Seit 2013 gibt es zudem Konsultationen zwischen China, Indien und Russland auf Außenministerebene, die nach dem erklärten Willen der beteiligten Staaten in Zukunft verstetigt werden sollen.

Ein Vergleich der etwas früher begonnenen institutionellen Westverflechtungen Russlands mit den neueren Verbindungen mit anderen Ländern zeigt, was schon die Umständlichkeit dieses Satzes andeutet: Die ansatzweise Westintegration hatte wertbezogene Übereinstimmungen als Grundlage. Die neueren von Russland eingegangenen Integrations- oder besser wohl Kooperationsbeziehungen basieren dagegen ausschließlich auf (geo-)politischen und wirtschaftlichen Interessen mit einer deutlichen Anti-Ausrichtung. Wenn man sie auf einen Begriff bringen wollte, dann wäre das eine Negation: Sie erhalten ihre Rechtfertigung eben daraus, dass sie nichtwestlich, ja mitunter antiwestlich sind. Abgesehen davon, dass Russlands Mitgliedschaft bei BRICS als »aufstrebende Wirtschaftsmacht« auf einem »Missverständnis« beruht (von dem natürlich alle wissen), neigen solche Nicht- oder Gegen-Allianzen dazu mittel- und langfristig nicht allzu stabil zu sein.

Damit sind wir beim unterschiedlichen Wertefundament zwischen Russland und China. Für die in Russland

vorherrschende geopolitische Interpretation internationaler Kooperation oder Konfrontation spielen gemeinsame Werte keine Rolle oder werden sogar mitunter, so vorhanden, als Schwäche (weil Illusion) ausgelegt. Allianzen werden entsprechend ausschließlich daran gemessen, wie und ob sie den (wie auch immer definierten) Interessen der daran beteiligten Staaten dienen. In diesem Denksystem ist ein Ersatz des Westens durch China lediglich ein Problem des Wollens, nicht oder zumindest nicht in erster Linie auch des Könnens.

Gleichzeitig wird aber in der angestrebten Allianz mit China (und anderen, nichtwestlichen Staaten) das wichtigste Anliegen des Kreml (und einer, glaubt man Umfragen, großen Mehrheit der Bevölkerung) nicht gelöst: die angestrebte Gleichbehandlung »auf Augenhöhe«. Denn wenn es nicht um (am besten institutionell verrechtlichte) Werte geht, sondern um Interessen, basiert der gegenseitige Umgang wesentlich auf der spezifischen Kraft, dem spezifischen Gewicht der Beteiligten. Dieses Verhältnis entwickelt sich aber stetig weiter zu Ungunsten Russlands. Während die Wirtschaftskraft der beiden Länder Mitte der 1990er Jahre etwa gleich groß war, ist China heute bereits wesentlich stärker als Russland. Zwar kann die militärische Stärke Russlands dieses Ungleichgewicht gegenwärtig noch zumindest teilweise ausgleichen. Aber auch hier verschieben sich die Gewichte langsam aber sicher zugunsten Chinas. Auch militärische Macht ist eben in vielem eine Variable der wirtschaftlichen Kraft.

Genau das war es aber, was der russischen politischen Elite (und mit ihr zunehmend einer Mehrheit der Bevölkerung) im Verhältnis zum Westen nicht gepasst hat. Der Westen soll Russland, zum Beispiel durch die (ständige) Erinnerung daran, dass wirtschaftliche Modernisierung nicht ohne politische Öffnung zu haben sei, nicht belehren dürfen, wie das Land zu leben und sich zu benehmen habe. Also versucht die russische Führung nun (erneut gemeinsam mit einem großen Teil der Bevölkerung) die notwendige Modernisierung des Landes durch eine Konfrontation mit dem Westen zu vermeiden. Eine Allianz »auf Augenhöhe« mit China kann aber nur funktionieren, wenn sich Russland modernisiert. Man könnte das ein Paradoxon nennen, oder auch einen Zirkelschluss. Ohne Modernisierung aber wird China Russland über kurz oder lang (als Juniorpartner) übernehmen.

So berauschen sich also immer mehr Menschen in Russland an der (angeblich) »wiedergewonnenen« Stärke, gehen aber mit China eine Allianz aus Schwäche ein.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

4. – 18. Juni 2015

04.06.15	Die Menschenrechtsorganisation »Memorial« veröffentlicht eine Liste der politischen Gefangenen in Russland. Die Liste sei im Vergleich zum Vorjahr von 46 auf 50 Personen angewachsen.
05.06.15	Die russische Regierung teilt mit, dass das Existenzminimum im ersten Quartal 2015 bei 9.662 Rubel liegt. Damit ist es im Vergleich zum letzten Quartal 2014 um rund 17–20 % gestiegen.
05.06.15	Die deutsche Fluggesellschaft »Lufthansa« kündigt an, dass sie die Direktflüge nach Samara, Nishnij Nowgorod und zum Moskauer Flughafen Wnukowo einstellen wird. Künftig werden nur noch Moskau-Domodedowo und St. Petersburg angefliegen. Das Unternehmen gibt für die Entscheidung wirtschaftliche Gründe an.
05.06.15	Präsident Putin führt ein Telefongespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras. Sie erörtern praktische Schritte zur Umsetzung geplanter Vorhaben, u. a. der Gaspipeline »Turkish Stream«, die auch über griechisches Territorium verlaufen soll.
06.06.15	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew bestimmt durch Verordnung eine Reihe von Beamtenstellen, deren Inhabern untersagt ist, Vermögen im Ausland zu besitzen.
06.06.15	In Vorbereitung seines Italienbesuches gibt Putin der italienischen Tageszeitung »Corriere della Sera« ein ausführliches Interview, in dem er seine Perspektive der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen darstellt.
06.06.15	Auf dem Moskauer Suworow-Platz demonstrieren etwa 2.000 Menschen für Wissenschaft und Bildung. Anlass ist die kürzlich erfolgte Aufnahme der Stiftung »Dinastija« in das Register »ausländischer Agenten«.
07.06.15	Das Nachrichtenportal »Kawkasskij Usel« erklärt, dass in der vergangenen Woche im bei der Bekämpfung von Untergrundkämpfern durch russische Spezialeinheiten im Nordkaukasus mindestens drei Menschen in Dagestan und Kabardino-Balkarien getötet und weitere verletzt wurden.
08.06.15	Während des G7-Gipfels im bayerischen Schloss Elmau verständigen sich die Staatshäupter der sieben Teilnehmerstaaten, dass sie Russland bis auf Weiteres aus ihrem Kreis ausschließen, und begründen dies mit dem bestehenden Wertekonsens. Des Weiteren ist man sich einig, die bestehenden Sanktionen gegen Russland beizubehalten und ggf. auszuweiten.
08.06.15	Nach Angaben des russischen Transportministeriums soll am 20. Juni die Verbindung zwischen Russland und Abchasien (Strecke Adler–Gagry) mit Regionalzügen aufgenommen werden.
08.06.15	Nach Angaben der russischen Tourismusbehörde Rosturisma ist im ersten Quartal 2015 die Zahl der Russen, die ihren Urlaub im Ausland verbringen im Vergleich zum Vorjahr um 40 % gesunken. Auch die Zahl der einreisenden ausländischen Touristen sei um 10–15 % zurückgegangen. Dagegen sind die Zahlen für den inländischen Tourismus beständig gestiegen.
# 08.06.15	Der Rechnungshof leitet Ergebnisse einer Haushaltsüberprüfung des Staatsunternehmens Roskosmos an die Generalstaatsanwaltschaft weiter. Der Rechnungshof hatte bei diversen Posten Unregelmäßigkeiten in Höhe von 92,9 Mrd. Rubel (ca. 1,5 Mrd. Euro) festgestellt.
08.06.15	Präsident Putin gratuliert dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan telefonisch zum Wahlsieg der AKP bei den türkischen Parlamentswahlen. Des Weiteren sprechen die Präsidenten über die Vorbereitungen des 6. Treffens des russisch-türkischen Kooperationsrates, das Ende des Jahres in Kasan stattfinden soll.
08.06.15	Die Tochter des ermordeten Oppositionellen Boris Nemzow, Shanna Nemzowa, gibt bekannt, dass sie das Land verlassen hat, nachdem sie ernsthaft bedroht worden sei. Besonders habe sie die Nachricht über den Zustand des Oppositionspolitikers Wladimir Kara-Mursa schockiert. Dieser liegt seit einiger Zeit mit Vergiftungserscheinungen in einem Moskauer Krankenhaus.
09.06.15	Auf Anordnung der russischen Medien- und Kommunikationsaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« wird der Betrieb des Radiosenders »Echo Peterburga« bis zum 22. Juni eingestellt. Grund sind Verstöße gegen die Lizenzvereinbarung durch das Unternehmen »Musikfaktura«, das die Ausstrahlung des Senders organisiert. Wenn die Mängel nicht behoben würden, drohe Roskomnadsor zufolge der Verlust der Sendelizenz.
09.06.15	Ein Vertreter des Energiekonzerns Gazprom erklärt, dass der auslaufende Gastransitvertrag mit der Ukraine nicht verlängert wird. Die Belieferung könnte zukünftig durch die Türkei und das Projekt »Turkish Stream« erfolgen. Die Ankündigung erfolgt, nachdem die ukrainische Seite erneut eine Ermäßigung beim Gaspreis gebeten hatte.

09.06.15	Der Rechnungshof moniert die Haushaltsführung mehrerer Ministerien. Er stellt für das Jahr 2014 u. a. beim Bildungs-, Gesundheits-, Bau- und Innenministerium sowie bei der Agentur für Entwicklungszusammenarbeit »Rossotrudnitschestwo« erhebliche Unregelmäßigkeiten fest. Diese werde man an die Generalstaatsanwaltschaft weiterleiten.
09.06.15	Das Strafermittlungscommittee eröffnet ein Strafverfahren gegen den Duma-Abgeordneten Ilja Ponomarjow, nachdem dessen parlamentarische Immunität aufgehoben wurde. Ihm wird Veruntreuung von Geldern der Skolkowo-Stiftung vorgeworfen. Da sich Ponomarjow derzeit im Ausland aufhält, planen die Ermittler ihn international zur Fahndung auszuschreiben.
09.06.15	In Tatarstan erfolgt die feierliche Gründung einer neuen Stadt: Innopolis, das 40 km von Kazan entfernt liegt, soll seinen Planern zufolge eines der größten IT-Zentren Russlands werden. Die Infrastruktur der Stadt ist für ca. 155.000 Einwohner ausgelegt und soll bis 2027 fertiggestellt sein.
10.06.15	Angesichts der Sanktionspolitik der EU und der USA gegen Russland friert die »Daimler AG« für den Bau einer Autofabrik im Gebiet Wladimir ein. Die russische Regierung hatte sich wiederholt bereiterklärt, ausländischen Autokonzernen, die ihre Produktion in Russland ausbauen wollen, zu unterstützen, u. a. durch Ausgleich des instabilen Rubelkurses und den Erlass von Einfuhrzöllen für Produktionskomponenten.
10.06.15	Präsident Putin und der italienische Ministerpräsident, Matteo Renzi, eröffnen gemeinsam den Russlandtag auf der Weltausstellung »Expo 2015« in Mailand. Putin hält eine Rede zu den russisch-italienischen Beziehungen.
10.–11.06.15	Präsident Putin reist von Mailand nach Rom weiter, wo Papst Franziskus ihm eine Audienz gewährt, zu der Putin mit einer Stunde Verspätung eintrifft. Des Weiteren trifft sich Putin mit dem italienischen Staatspräsidenten Sergio Mattarella. Bei beiden Gesprächen geht es vor allem um die Ukraine-Krise. Am Rande seines Aufenthalts in Rom findet auch ein kurzes privates Treffen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi statt.
11.06.15	Ein weiterer Hilfskonvoi des russischen Katastrophenschutzministeriums wird auf den Weg in den Donbass gebracht. Die etwa 100 LKWs haben mehr als 1.000 Tonnen humanitärer Güter geladen. Er wird von einer humanitären Mission begleitet, der Mediziner und Psychologen angehören.
11.06.15	Der Vorsitzende des Moskauer Journalistenverbandes, Pawel Gusew, erklärt auf dem Weltkongress der russischen Presse in Moskau, dass der Mediensektor in Russland überreguliert sei. Dies laufe seiner Meinung nach dem Prinzip der Pressefreiheit zuwider. Bis heute würden 85 % Prozent der Medien in staatlicher Hand sein oder staatsnahen Strukturen gehören.
11.06.15	Das Ministerkomitee des Europarats setzt Russland eine viertägige Frist, um sich mit ihm auf einen Plan zur Auszahlung von Entschädigungszahlungen in Höhe von 1,9 Milliarden Euro an die Aktionäre des Jukos-Konzerns zu einigen. Diese Summe war den Aktionären durch den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof vor einem Jahr zugesprochen worden. Bis dato hatte Moskau nicht erkennen lassen, dass es die Entscheidung des Gerichts umsetzen würde. Eine Revisionsbeschwerde der russischen Regierung gegen die Entscheidung wurde Ende des Jahres vom Gericht in Straßburg abgewiesen.
11.06.15	Russland weigert sich den Jahresbericht der internationalen Atomenergiebehörde IAEA zu unterzeichnen. Der Bericht bezeichnet einen Atomreaktor in der Nähe der Stadt Sewastopol auf der Halbinsel Krim als der Ukraine zugehörig. Die russische Delegation beim IAEA-Gouverneursrat erklärt, dass sie im Rahmen ihrer rechtlichen Zuständigkeit die volle Verantwortung für sämtliche atomare Objekte übernehme, die sich auf dem Territorium der neuen Föderationssubjekte befinden, und diese lediglich für friedliche Zwecke nutzen wolle.
11.06.15	Anlässlich des russischen Nationalfeiertags kommen in der Hauptstadt 230.000 Menschen zu Feierlichkeiten zusammen, davon allein 50.000 zu einem kostenlosen Konzert auf dem Roten Platz.
12.–13.06.15	Präsident Wladimir Putin nimmt in Baku an der Eröffnung der Europäischen Spiele teil. Er trifft in Baku den aserbaidchanischen Präsidenten Ilham Alijew, mit dem er über wirtschaftliche Zusammenarbeit spricht, sowie den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan. An dem Treffen mit Erdoğan nehmen außer Putin noch eine Reihe von Ministern und Vorsitzenden von Staatsunternehmen teil. Thema ist der Bau der Pipeline »Turkish Stream«.
13.06.15	Unbekannte dringen in das Gebäude des ukrainischen Generalkonsulats in Rostow am Don ein und laden dort Müll ab. Ermittler nehmen die Spurensuche auf. Am Morgen darauf findet eine Demonstration von ca. 50 Personen unter dem Motto »Russland nicht diskreditieren« statt.

13.06.15	Nach Angaben von Menschenrechtsaktivisten kommt es in einem Straflager in Baschkortostan zum wiederholten Mal zu Protesten. 800 der 1.200 Gefangenen des Lagers treten in den Hungerstreik. Grund für die Aktionen sind die untragbaren Haftbedingungen. Auch in anderen Straflagern in der Region gab es in der letzten Zeit Proteste.
14.06.15	Nach Angaben der österreichischen Tageszeitung »Die Presse« wird die Gas-Pipeline »Turkish Stream«, die russisches Gas aus Russland unter Umgehung der Ukraine nach Europa liefern soll, von der österreichischen Firm OMV gebaut. Beaufsichtigt wird das Projekt vom ehemaligen Manager des Nabucco-Projekts, Reinhard Mitschek. Russland ist derzeit noch bemüht potenzielle europäische Partnerländer zu gewinnen.
14.06.15	Die demokratische Koalition RPR-PARNAS, in der eine Reihe von Oppositionsparteien zusammen arbeitet, beginnt ihre Vorwahlen in Nowosibirsk. Es geht darum, Kandidatenlisten für die Regionalwahlen im Herbst 2015 aufzustellen.
14.06.15	Nach Angaben der »Sunday Times« haben die Geheimdienste Russlands und Chinas gemeinsam die geheimen Dokumente von Edward Snowden entschlüsselt und somit Kenntnisse über Geheimdienst-Technologien westlicher Dienste erlangt. Daraufhin beschließt der britische Dienst MI-6, eine Reihe von Agenten aus sicherheitsrelevanten Ländern abzuziehen.
15.06.15	Präsident Wladimir Putin ordnet an, bis zum 30. Juli Analysen zur gestiegenen Sterberate im Land anzufertigen. Es sollen Gründe gefunden werden, die den Anstieg der allgemeinen Sterblichkeit in Russland im ersten Quartal 2015 erklären.
15.06.15	Umweltminister Sergej Donskoj teilt mit, dass nach einer vorläufigen Statistik die Zahl der Amur-Tiger derzeit bei 540 Exemplaren liegt. Auf 878 Routen seien in der Region Primorje 636 Fahrten der Tiere registriert worden. Man arbeite daran die Zahl der Schutzgebiete in der Region zu erhöhen.
15.06.15	Abgeordnete der russischen Staatsduma wenden sich an das Verfassungsgericht mit der Bitte um rechtliche Klärung, wie mit Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte umgegangen werden sollen. Die Anfrage wird von 93 Abgeordneten fraktionsübergreifend mitgezeichnet. Kontext ist die Entscheidung des EGMR, den ehemaligen Jukos-Eignern Entschädigung in Milliardenhöhe zuzusprechen.
15.06.15	Das russische Außenministerium erklärt, das Vorhaben der USA, in den östlichen Flankenregionen der NATO schwere Waffensysteme zu stationieren, verstoße gegen zentrale Bestimmungen der NATO-Russland Grundakte aus dem Jahr 1997. Russland werde Gegenmaßnahmen ergreifen.
15.06.15	Das französische Software-Entwicklungsunternehmen »Dassault Systèmes« erklärt sich bereit, Russland beim Bau eines Hubschrauberträgers nach dem Vorbild »Mistral« zu unterstützen. Frankreich sollte Russland 2015 zwei Hubschrauberträger vom Typ »Mistral« liefern, doch war der Verkauf von der französischen Regierung nach der Annexion der Krim unterbunden worden.
16.06.15	Eine Gruppe von Juristen legt beim Obersten Gerichtshof Russlands Beschwerde gegen den Erlass des Präsidenten ein, der Angaben über die in Friedenszeiten bei Spezialeinsätzen ums Leben gekommenen Soldaten unter Geheimnisschutz stellt. Nach Angaben des Präsidenten der Stiftung »Informationsfreiheit«, Iwan Pawlow, überschreite der Präsident mit diesem Erlass seine Kompetenzen. Der Zugang zu Informationen könne nur durch ein föderales Gesetz eingeschränkt werden.
16.06.15	Der Generalstab plant eine Umstrukturierung der russischen Streitkräfte. Nach Angaben des Generalstabschefs Walerij Gerasimow sollen Luftstreitkräfte und Weltraumtruppen zusammengelegt werden.
16.06.15	Anlässlich der Eröffnung des Internationalen Militär-Technischen Forums »Armee 2015« erklärt Präsident Wladimir Putin, dass der Militärisch-Industrielle Komplex der Motor für den Wirtschaftswachstum sei. Insbesondere Dual-Use-Produkte zählten zu den Entwicklungsbranchen. Des Weiteren erklärt der Präsident, dass das russische Atomwaffenarsenal noch in diesem Jahr durch neue Interkontinentalraketen aufgestockt werde, die mit Nuklearsprengköpfen bestückt werden können, sowie durch Radarsysteme zur Ortung und Kontrolle des Luftraums.
16.06.15	Nach Angaben der russischen Statistikbehörde Rosstat ist die Industrieproduktion Russlands im Mai gegenüber dem Vorjahr um 5,5 % zurückgegangen.
16.06.15	Die vor kurzem durch Roskomnadsor blockierten Webseiten von Garri Kasparow sowie der oppositionellen Nachrichtenplattform »grani.ru« wenden sich mit einer Beschwerde wegen Verletzung der Meinungsfreiheit an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.
16.06.15	Präsident Wladimir Putin empfängt den finnischen Präsidenten Sauli Niinistö, der sich zu einem Arbeitsbesuch in Russland aufhält. Themen der Unterredung sind die bilateralen Beziehungen, internationale Konflikte sowie die russische Finanzierung des Baus eines neuen Atomkraftwerks in Finnland.

17.06.15	Einem Rating der Consulting-Firma Mercer zufolge fällt Moskau von Platz 9 der Liste der teuersten Städte der Welt auf den 50. Platz. Gründe seien der Rubelverfall und die negativen Auswirkungen der Sanktionen.
17.06.15	Das russische Arbeitsministerium teilt mit, dass die Reallöhne in Russland erst 2018 wieder das Niveau von 2014 vor der Krise erreichen werden. Die russische Menschenrechtsbeauftragte Ella Pamfilowa spricht in diesem Zusammenhang davon, dass der Mindestlohn mittlerweile seine soziale Funktion eingebüßt habe.
17.06.15	Die Mitgliedsländer der Europäischen Union einigen sich darauf, die Sanktionsmaßnahmen gegenüber Russland bis Januar 2016 zu verlängern. Die endgültige Entscheidung wird auf dem Ministerratstreffen am 22. Juni in Luxemburg getroffen.
17.06.15	Sitzung der ständigen Mitglieder des russischen Sicherheitsrates. Neben innen- und außenpolitischen Fragen geht es um die Vorbereitungen der Treffen von Präsident Putin mit ausländischen Gästen während des Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg.
17.06.15	Das russische Katastrophenschutzministerium entsendet den 30. Hilfskonvoi in die Region Donbass. Die ca. 100 LKWs haben 1.000 Tonnen Hilfsgüter geladen, vor allem Lebensmittel, Bedarfsgüter und Medikamente.
18.06.15	Präsident Wladimir Putin eröffnet das zweitägige 19. Internationale Wirtschaftsforum in St. Petersburg (SPIEF). Es gilt als russisches Pendant zum jährlichen Weltwirtschaftsforum in Davos. Das Hauptthema am ersten Tag sind aktuelle Probleme der Weltwirtschaft. Den Höhepunkt stellen Treffen zwischen Putin und den Managern großer internationaler Investmentfonds dar.
18.06.15	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) dementiert einen Zusammenhang zwischen der Beschlagnahmung von russischem Eigentum in Belgien und dem Fall Jukos. Am Vortrag war bekannt geworden, dass zahlreiche russische Einrichtungen in Belgien eine Mitteilung erhalten hatten, dass eine Beschlagnahmung russisches Staatseigentums verfügt werde, das unter der Verfügungsgewalt dieser Einrichtungen steht. Es wurde vermutet, dass die Maßnahmen in Zusammenhang mit der Weigerung Russlands stehen könnten, die vom EGMR beschiedenen Entschädigungen an Jukos-Aktionäre auszahlten.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Nadja Douglas

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>